

Politische Ueberricht.

Die Steuerreform. Mit einer Vertagung der Reichsfinanzreform auf den Herbst beginnt man allmählich in parlamentarischen Kreisen zu rechnen. Für das Brausegesetz war als Tag des Inkrafttretens der 1. Juni 1909 vorgesehen. Auf Veranlassung des Staatssekretärs S p o w wurde das Datum verschoben, weil sich doch gar nicht übersehen ließe, wann die Steuererlässe fertiggestellt werden könnten. Sowohl die bürgerliche Presse als auch die Frage geduldet hat, verlangt sie eine schleunige Verabschiedung der Steuererlässe, um die herrschende Ungewissheit zu beseitigen. Die nationalliberale „Nationalzeitung“ bringt folgende Meldung:

In parlamentarischen Kreisen mutmaßt man, daß es gelingen werde, zur Reichsfinanzreform auch ohne Nachschuß neuer, Erbrecht des Staates und Wehrsteuer gegen 100 Millionen an direkten Steuern aufzubringen, nämlich 50 bis 60 Millionen durch Ausdehnung der Erbschaftsteuer (unter Ausschluß der Ehegatten), 15 Millionen durch Erhöhung der Nationalarbeitskräfte von 80 auf 100 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung und 15 Millionen oder vielmehr auch noch mehr durch eine Coupon- oder Quittungssteuer. Unter den indirekten Steuern dürfte eine Streichholzsteuer figurieren, von der man annimmt, daß sie gegen 30 Millionen tragen wird.

Also sollen jetzt die Jüchsbälgen die Finanzreform des Reichs verschweigen!

Der Zentrumsgesandte Graf Praschna hat am Sonntag in Bären eine Rede gehalten, in der er hauptsächlich über die Zukunft des Reichs sprach. Er sprach sich für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform. Die maßgebende Stelle im Reich müsse allmählich zu der Ueberzeugung kommen, daß die Politik des Reiches nicht mehr die Interessen des Landes noch denen der Krone diene, sondern lediglich darauf zugeschnitten sei, sich selbst im Amt zu halten. Die nationalliberale Presse greift den Abgeordneten Praschna scharf an und verlangt von ihm die Beweise für seine Behauptungen.

Wilhelm II. Regierungsformen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute eine umfangreiche Uebersicht über die Beamtenkategorien. Es heißt da:

Auf den Bericht vom 24. Januar d. J. bestimmte Ich, daß die Beamten als Uniform die durch Meinen Erlass vom 18. März 1892 vorgeschriebene römische Uniform des betreffenden Landes mit folgenden unterschiedlichen Merkmalen und Rangabzeichen in Silber oder Gold geführt zu tragen haben:

1. Die Räte sind nach dem anliegenden Muster (Anlage I) mit in gewählter Form anzuführen und mit aufgesetzten Buchstaben zu versehen, die das betreffende landesrechtliche Kreditinstitut bezeichnen.
 2. Die Schlichter sind ebenfalls in gleicher Weise nach dem Muster der Anlage I anzuführen.
 3. Die Generallandwirtschaftsbeamten (die Hauptverwaltungsbeamten und die Landratsbeamten), die Vorsitzenden von Landräthen sind, tragen die Abzeichen der Räte III. Klasse, und außerdem auf den Schultern je einen sechsstrahligen Stern nach dem für die Uniform der Staatsbeamten bestimmten Muster, und zwar bei Abwehr Stücken in Gold, bei goldenen in Silber. Die Sticker des Rodes hat dem beiliegenden Muster (Anlage II) anzuführen.
 4. Die Landratsbeamten (Ritterschaftsbeamten, Verwaltungsbeamten), die Vorsitzenden von Provinzialbezirken sind, tragen die Abzeichen der Räte vierter Klasse und außerdem auf den Schultern je einen sechsstrahligen Stern wie unter Nr. 3.
 5. Die Mitglieder der Generallandwirtschaftsbeamten und Landratsbeamten (Ritterschaftsbeamten, Verwaltungsbeamten) — soweit sie nicht zu den Generallandwirtschaftsbeamten und den unter Nr. 3 und 4 bezeichneten Landratsbeamten oder zu den Stücken gehören — und die Landratsbeamten (Ritterschaftsbeamten) tragen die Abzeichen der Räte vierter Klasse.
- Die bei den oben angeführten landesrechtlichen Kreditinstituten im Hauptamt anwesenden Sticker tragen die Uniform der Räte 4. Klasse der allgemeinen Staatsverwaltung. Die Sticker und Schultern sind jedoch den vorstehenden Bestimmungen unter Nr. 1 und 2 zu entsprechen.

Berlin, den 15. Februar 1909. Wilhelm R. v. Arnim.

Gott sei Dank, daß die Sache wenigstens in Ordnung kommt.

Wähler gegen Wähler in der Finanzreform. In Dehau fand eine Veranstaltung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie statt. Hierbei hielt Herr v. Bismarck, ein Führer des Bundes der Landwirte, eine Rede, in der er ausführte:

Ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich sage, daß wir die Haltung des Bundes der Landwirte gegenüber den Regierungsvorschlägen zur Reichsfinanzreform bedauern, und daß wir die Verhandlung, die dem verehrten Geheimrat Professor Wagner in der Gesellschaft der Wirtschaftswissenschaften von Seiten der Kararier zu Teil wurde, nur mit großem Unmut bei sehen konnten. Wir bedauern auch die Art, wie hierbei ein höherer Staatsbeamter aufgetreten ist. Wir halten diese Stellungnahme nicht im Interesse des Reichs wie der Reichsanzeiger sagt.

Wie der Veranlassungsbericht hervorhebt, wurde dem Redner für seine Ausführungen starker Beifall zu Teil.

Wirtschaftswissenschaftler - Aussendung. Ministerpräsident von Österreich hat gegen einen bei ihm befindlichen gemeinsamen Schiedsgerichtlichen Ausschuss angesetzt, weil dieser ihn bezichtigt hat, er habe die Volkswirtschaftswissenschaftler zu Bestrafungen (Schließung von Universitäten für Einseitigkeit und Selbstverleugung) angesetzt und habe Bestrafungen sowie Unterdrückung des Regiments ungarischer Arbeiter im Zusammenhang mit dem Kaiserlichen Schiedsgerichtlichen Ausschuss angesetzt. Durch Jugoslawen wurde bewiesen, daß Kilia bisweilen 10 Stunden hinterzogen und zwar auch in den Dienststunden die Volkswirtschaftswissenschaftler ansetzt, während zur gleichen Zeit Bestrafungen, die für 2 Arbeiter, ansetzen müssen, er sollte sieben Pfennige Arbeitslohn pro Stunde. Wegen der Ansetzung der Volkswirtschaftswissenschaftler in den Dienststunden wurde Kilia vom Reichsminister mit 24 Stunden Mittelsatz belegt, zwei Tage später wurde er als Range aus, es wurde von oben erklärt, daß Volkswirtschaftswissenschaftler nach den Dienststunden auch mit Bestrafungen bestraft werden.

Ein deutsch-österreichischer Schiedsrichter. Es muß schon toll gewesen sein, wenn der österreichische Schiedsrichter sich ansetzt und die Volkswirtschaftswissenschaftler in die Hand nehmen will, die es bis dahin nicht gewohnt hat. Die Volkswirtschaftswissenschaftler werden die Bestrafung eines ihrer Mitglieder ansetzen.

in der es u. a. vorkommt: ... Der Trugschluss (gemeint ist das Kompromiß über die Volkswirtschaftswissenschaftler) ist ein gefestigter Keil, der sich in die Verhandlung einrammen läßt. Von diesem freisinnigen Standpunkte aus bedauere ich ungemein, daß die freisinnigen Volkswirtschaftswissenschaftler den Schiedsrichter nicht mehr als Richter, sondern als Parteigänger betrachten. Ein Eugen Richter wäre dafür allerdings nicht zu haben gewesen. Wie tief ist doch seit seinem Demgange die offizielle Vertretung des Freisinnigen gesunken. Die Führer desselben sehen seine besten Grundzüge für ihre Versprechungen und führen ihn in einen Sumpf, aus dem ein Entrinnen kaum möglich ist. Will der Freisinn im Reich als Partei nicht ganz verfallen, müssen die Anhänger desselben ihren Führern ein lautes Wort zurufen. Dieselben scheinen in dem falschen Glauben zu leben, daß die freisinnigen Bürger hinter ihnen stehen! Von diesem Wahne müßte man die Führer recht schnell befreien, daß Versammlungen zur Aussprache über deren Taktik einberufen werden. Zwecklos wird ein freies Willensbündnis dagegen erschaffen. Als liberale Männer würden die Führer daraus die Konsequenzen ziehen und ihre Mandate in die Hand ihrer Wähler zurückgeben müssen. Gilt es nicht, dann das persönliche Regiment der Führer durch die freisinnige Partei zu gefährden.

An der freisinnigen Partei ist nicht nur etwas zu gefährden; dagegen ist anzunehmen, daß die freisinnigen Führer schon eine Komete sind, durch die dem Spiel der Schlämme wieder über die Ohren, dem arbeitenden Volke aber die Schlämme aus der Tasche gezogen werden. Die wenigen eblischen Freisinnigen flüchten ja schon aus dem flüchtigen Hause.

Liberale gegen das Steuerkompromiß. Es gibt immer noch einige „Liberale“, die sich in das Unvermeidliche noch nicht willenslos stoßen wollen. So hat sich der liberale (freisinnige) Verein in Altenburg (S.-A.) in seiner letzten Versammlung ebenfalls gegen das Steuerkompromiß erklärt. In einer Resolution, die an die freisinnige Reichstagsfraktion geschickt wurde, heißt es:

Der Altenburger liberale Verein bedauert die Zustimmung der liberalen Fraktion zum Steuerkompromiß, da der Altenburger Landtag mit seiner agrarischen Mehrheit nicht die Gewähr bietet, daß die sogenannten Volkswirtschaftswissenschaftler gerecht und gleichmäßig auf die tragfähigen Schultern in Stadt und Land verteilt werden.

Der schwarze Mann muß also noch energischer am Ruder rücken, damit auch das letzte Volkswirtschaftswissenschaftler dahinschmelze.

Preussische Polenpolitik. Ein interessanter Aufstellungsbericht wurde vor der Straßburger Landtagung des Reichstages vorgelesen. Angekündigt war der Rücktritt des Josef Rama da aus Oberbayern, durch den Verkauf polnischer Leberländer verschiedene Besitzungsverhältnisse zu Gewalttätigkeiten geneigt werden; aufgereizt zu haben. Als „aufreizend“ wurden alle polnische Nationallieder und der Teil vor der Teilung Polens bezeichnet. U. a. handelte es sich da auch um ein Lied, das sich gegen die früheren — Türken — einfälle richtete und diesen „Unschlügen“ galt, aus denen der amtliche Uebersetzer „Unschlügen“ gemacht hatte. Die Anklage nahm an, daß diese altpolnischen, polnischen Nationallieder sich gegen Preußen, Österreich und Rußland, die drei Teilungsmächte, richteten, und daß es auf eine gemeinsame Erhebung der polnischen Bevölkerung in diesen Ländern abzielte.

Der Nachweis des Verbreiters, das es sich um altböhmische Nationallieder der Polen handelte, bewies die Freisprechung des Angeklagten.

Wegen „Geheimbündel.“ hat die Preussische Polizei die Schließung mehrerer russischer Klubs verfügt. Zahlreiche Ausweisungen junger Russen sollen bevorstehen. Wegen sie ist die Regierung hart, gegen die Junter nicht.

Die Meritoren des Reichstages. Der Seniorenkonvent des Reichs tags beschloß, die Meritoren am 1. April beginnen zu lassen und die erste Sitzung nach Ostern auf den 20. April festzusetzen.

Die Arbeitsamterkommission des Reichstages lehnt heute die sozialdemokratischen Anträge, die bezwecken, die Selbstverwaltung der Arbeitsämter sicherzustellen, durchweg ab.

Die erste Sitzung der Arbeitsamterkommission dürfte heute in der Kommission zu Ende geführt werden.

Die neue Strafprozessordnung. Neben der Novelle zum Strafprozess wird dem Reichstag auch noch der Entwurf der neuen Strafprozessordnung zugehen. Auch diese Vorlage soll noch die erste Sitzung im Plenum des Reichstages passieren, um dann einer Kommission überwie zu werden.

In der Steuerkommission begann am Mittwoch die Beratung der Weinsteuervorlage. — Abg. David erklärte sich als Korrespondent prinzipiell gegen alle indirekten Steuern. Auch die Kontrolle und die Erhebung der Steuern sei unrationell; durch das Gesetz werden der Wille und die Weinbauern geschädigt. — Ministerialdirektor Kühn bekennt, daß sich im Prinzip nichts gegen diese Steuer sagen ließe. Der Zeitpunkt sei pünktig; später wird das Gesetz schädlich wirken. — Abg. Kautz tritt für die Besteuerung des Weines ein; er stimmt mit Aenden dafür, wenn Bier und Branntwein besteuert werden. Wenn jemand 8 Mark für ein Glas Wein zahlen könne, dann könne er auch Steuern abgeben. (Zuruf: Nehmen Sie doch Nachschuß- oder Einkommenssteuer von ihm.) — Ministerialdirektor Kühn sagt: Mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten müsse ein allgemeines Weinsteuergesetz unterbleiben. — Abgeordneter Hermann (frei) und Weber (natl.) plädieren für eine Besteuerung des Weines, sind aber mit vielen Bestimmungen im Gesetz nicht einverstanden. — Schatzsekretär S p o w erklärt: Wenn Bier und Branntwein besteuert werden, dann an dem Getreide der Wohlhabenden nicht vorbeigegangen werden. — Der Zentrumsgesandte v. Praschna erklärt sich für die Besteuerung der weinlichen Weine. Die billigen sollen steuerfrei bleiben. Er erklärt, bei der Abstimmung über § 1 sich der Abstimmung zu enthalten.

Ansland.

Die Situation auf dem Balkan

ist noch immer ungelöst und die Frage: Krieg oder Frieden noch unentschieden. In der Erwartung der Öffentlichkeit wird nach den einmal angeordneten Mobilisierungen der Krieg natürlich als fast unvermeidlich gehalten, maßgebend für die Beurteilung der Verhältnisse dürfte jedoch vorläufig nur eine Erklärung des österreichischen Botschafters in Wien, namentlich im Abgeordnetenhaus sein. Er schloß die Entschuldigung hinaus, daß über den Krieg noch für vermittelbar. Bismarck erklärte:

„Es handelte sich darum, daß die serbische Antwort von österreichisch-ungarischer Seite wieder beantwortet werde. Dann erst werde sich die Weiterentwicklung der Dinge ergeben. Er werde jede Gelegenheit benutzen, das Haus über den Stand der Dinge zu informieren. Die Situation sei zweifellos ernst, wenn man auch hoffen könne, daß schließlich die Lösung friedlich sein werde.“

Ansland trägt allerdings zur Beseitigung des Konfliktes bisher sehr wenig bei, im Gegenteil: es verhindert durch seine Einseitigkeit geradezu eine Annäherung.

Wie die Petersburger Telegraphenagentur erzählt, übergab der Minister des Auswärtigen dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwort der russischen Regierung auf seine Mitteilung über die in Konstantinopel erfolgte Unterzeichnung des österreichisch-ungarisch-serbischen Protokolls betreffend Bosnien und die Herzegowina. Die russische Antwort weist darauf hin, daß die unmittelbare Verhandlung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei nicht die Notwendigkeit ausschließt, die Frage betreffend Bosnien und die Herzegowina einer Konferenz der

Signatarmächte vorzulegen. Die russische Regierung sei daher bereit, sich jetzt mit Österreich-Ungarn und den anderen Mächten über die Einberufung der Konferenz zu verständigen, bei der Beratung der bosnisch-herzegowinischen Frage, wie auch anderer Punkte des von den Großmächten angenommenen Konferenzprogramms unterliegt. In Wiener diplomatischen Kreisen hält man, nach der „Slovenska Jutro“, diese Erklärung als nicht für geeignet, die friedliche Einwirkung der Situation zu fördern. Daß Jutro ist von einer bosnischen Frage spricht, obwohl diese durch das österreichisch-ungarische Vorkommen aus der Welt geschafft ist und die Beratung dieser Frage auf der Konferenz als notwendig bezeichnet, empfindet man hier gewissermaßen als Verfristung des in der letzten serbischen Deklaration getätigten gemachten Standpunktes Serbiens, daß Serbien sich nicht mit Österreich aus-einanderzusetzen habe, sondern die bosnische Sache vor ein europäisches Tribunal gebracht werden müsse. Dessenungeachtet wird die hiesige Regierung gegen Verhandlungen über die Einberufung einer Konferenz nichts einwenden, der Einberufung aber nur zustimmen, wenn die Mächte sich darüber einigen, daß die Konferenz das österreichisch-ungarische Vorkommen nur zu sanktionieren hat und irgendwelche serbische Ansprüche aus dem Titel der bosnischen Annexion, die die Sicherheit an den Grenzen der Monarchie gefährden würden, auf dem Programm der Konferenz keinen Platz finden. Die österreichische Antwort auf die letzte serbische Note wird frühestens am nächsten Sonntag nach Belgrad abgehen.

Ueber die Kriegsvorbereitungen

liegen aus den beteiligten Reichen folgende Einzelmeldungen vor:

Wien, 17. März. Die Hauptstadt steht unter dem Eindruck der Mobilisierungsmaßregeln. Bis jetzt haben 14.000 Reservisten von dem 2. Korps (Wien) die Einberufungsbefehle erhalten.

Wien, 17. März. Die Kriegs- und Friedensfrage beherrscht jetzt vollständig die Diskussion. Die Börse zeigt sich heute sehr erregt und eskomptiert bereits den Krieg. Man will ihn auch sonst in politischen Kreisen und in der Bevölkerung für kaum vermeintlich.

Wien, 17. März. Bis April wird an den Grenzen Serbiens eine so große österreichische Truppenmacht angeammelt sein, wie man in Europa kaum ahnt und in Serbien sicher nicht erwartet.

Budapest, 17. März. Die Mobilisierung wird nunmehr offen betrieben. Die öffentliche Meinung zeigt sich dieser Maßregel gegenüber feindselig. Aus Antivari wird berichtet, daß der Fürst von Montenegro die Mobilisierung von einer Division angeordnet hat. Diese Maßregel gilt als Antwort auf die österreichischen Landungsmandate, welche seit dem 13. d. M. an der montenegrinischen Grenze vorgenommen werden. Die österreichischen Truppen dringen bis auf ein Kilometer an die Grenze vor. In Spizza sind zur Zeit 8 österreichische Kreuzer und 18 Torpedoboote eingetroffen.

Budapest, 17. März. Das 6. Armeekorps Esseg, Stab in Brekburg, hat gleichfalls Befehl zur Bereitschaft erhalten. Die Armeekorps von Lemberg und Przemyśl haben die erste und zweite Reserve einberufen.

Budapest, 17. März. Verkehrsbeamte auf der Station Bares entdecken dort einen aus Lila nach Belgrad an einen dortigen Kaufmann als Zement aufgegebenen Wagon voll Dynamit. Der Schmuggelversuch wurde vereitelt; die ganze Ladung ist nach Esseg gebracht worden.

Prag, 17. März. Alle tschechischen Regimenter, die feinerzeit zur Bewachung der serbischen Grenze entsendet wurden, werden zurückgezogen. Die Veranlassung hierzu liegt in den bekannten Muterellen tschechischer Mannschaften, insbesondere des 69. und 75. Infanterie-Regiments. Als Ersatz hierfür werden Regimenter mit deutscher Mannschaft an die Grenze entsendet. In der letzten Nacht ist ein Bataillon des 79. Infanterie-Regiments nach Bosnien abgegangen.

Belgrad, 17. März. Das zweite Aufgebot ist nunmehr vollständig zu den Waffen berufen worden, und alles bereitet sich nach wie vor mit fieberhafter Hast für den Krieg vor.

Eine Aufforstung im großen Stille zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in England geplant. Im März 1908 wurde eine königliche Kommission beauftragt, die Frage zu untersuchen, ob es möglich wäre, Versuche mit der Aufforstung von Land zur Steuerung der Arbeitslosigkeit während Zeiten des Niederganges auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen, und inwiefern solche Versuche durchgeführt werden können. Der zweite Bericht der Kommission ist kürzlich erschienen. Auf Grund eingehender Untersuchungen ist die Kommission zu folgenden Resultaten gekommen: Der Boden und das Klima der Verernten Königreiche sei zum Anbau von bestem Bau- und Nutholze sehr geeignet; die Aufforstung nach wissenschaftlichen Methoden wäre eine gesunde und einträgliche Kapitalanlage. Das Land, das sich zur Aufforstung eignet, beträgt ungefähr 3.642.105 Hektar, und ein Wald von dieser Ausdehnung müßte jährlich einen Ertrag geben, der der Einfuhr von Bauholz aus anderen Ländern im Jahre annähernd entspricht. Die beste Methode, um gutes verlässliches Bauholz zu erhalten, würde darin bestehen, daß man jährlich 20.233,92 Hektar aufforstet. Da es in England zu jeder Zeit und besonders im Winter Laubende und Laublose von Nutzen gibt, die ohne Arbeit sind, würde es an Arbeitskräften für die Aufforstung nicht fehlen, umso weniger, als diese keine besonderen Kenntnisse verlangt. Für Waldarbeiten höherer Art würden sich ebenfalls eine Zahl von Arbeitlosen finden, die sich dazu eignen oder herangezogen werden können. Die Löhne für die Arbeiter in den der Nation gehörenden Wäldern sollen keineswegs hinter den in dem betreffenden Bezirk für gewöhnliche Arbeiten bezahlten zurückbleiben. Der Teil der Waldkultur, der die meisten Arbeitskräfte in Anspruch nimmt, würde durchgestellt werden, wenn der Arbeitsmarkt sich verbessert, und woher aufgenommen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften abnimmt, um so eine allzu starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Nach Berechnungen der Kommission würde die Aufforstung von je 100 Aker während der Anpflanzungszeit von vier bis fünf Monaten im Durchschnitt zwölf Mann beschäftigen, und jede aufgeforsteten 100 Aker würden eine ständige Arbeit für eine Person abgeben. Wenn die Aufforstung von jährlich 20.233 Hektar vorgenommen wird, so würden 18.000 Menschen Arbeit haben und an ständiger Arbeit würden jährlich 1500 Arbeiter teilnehmen. Bei der Durchführung der Aufforstung der gesamten Fläche würden jährlich weitere 1500 Arbeiter ständige Beschäftigung haben und mit der Zeit des Umlaufes würde diese Zahl 100.000 erreichen. Die Kommission macht aufmerksam darauf, daß der Waldanbau und der Forstbetrieb an 17.000 Hektar der Arbeit eröffnen und daß der Markt hier so groß sei, daß eine Kommission zwischen dem Staate und einzelnen Unternehmern nicht zu befürchten wäre. Zum Schluß empfiehlt die Kommission die Einsetzung einer Spezialkommission, die ein nationales Schema für die Aufforstung ausarbeiten soll, und, falls es nicht möglich wäre, durch Kauf des nötigen Landes zu erwerben, es durch Zwangsverpflichtung vom Staate gekauft werden soll.

Das Schicksal und Polen.

Polenpolitik.

Um sich in den staatlichen Beamten, Geistlichen und Lehrern der Ostmark allzu willige Elemente zur Verfolgung der einheimischen polnischen Bevölkerung zu sichern, ist von den Regierungen des Reichs und Preußens die sogenannte Ostmark-Kassa eingerichtet worden, die jederzeit entzogen werden kann, wenn der Beamte nach Ansicht seiner Vorgesetzten eine „antinationale“ Haltung zeigt. Diese polenfeindliche Bestimmung behält die Ostmark-Kassa, aus deren diese Zulagen gewährt werden sind mit Recht als Korruptionsfonds bezeichnet worden, weil vorausgesetzt war, daß sie zu einer elenden Bestimmungsfähigkeit und Denunziationslust führen würden. Wie vorerstlich diese staatliche Verfolgungsmaschine funktioniert, zeigt ein von dem Regierungspräsidenten in Bromberg ausgestelltes Schreiben, das einem in den Ruhestand getretenen Offiziers-Belehrer zugesandt wurde. Es lautet:

Wohl Sie bei den letzten Landtagswahlen sich in Gegenwart der Ministerialverwaltung vom 11. April 1898 über die Pflichten der Beamten in den Ostmarken gesetzt haben, wird Ihnen die bisherige laufende Unterstützung entzogen. Die Kreis-Kasse in Bromberg hat die Welsung erhalten, vom 1. März ab die weitere Zahlung einzustellen. Wie bemerken ausdrücklich, daß weder Ihnen noch Ihrer Familie in Zukunft irgendwelche Unterstützung zuteil werden wird, und daß alle darauf bezüglichen Schritte fruchtlos sein werden.

Wohl der Mann seine Stimme dem „antinationalen“ Polen gab, wird er mit der Sangerpeitsche traktiert. Eine Politik, die mit solchen Mitteln arbeiten muß, zeigt, daß sie gänzlich auf den Grund gekommen ist. Der Bankrott der offiziellen Polenpolitik zeigt sich übrigens auch drastisch in den eben jetzt veröffentlichten Angaben über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission im Jahre 1908. Nach der amtlichen Denkschrift betrug das Güterangebot im letzten Jahre 265 gegen 407 Güter im Jahre 1907; daneben wurden der Ansiedlungskommission 579 häusliche Grundstücke angeboten gegen 36 im Jahre vorher. Das gesamte Güterangebot ist mithin erheblich zurückgegangen. Ferner wurden 14 Rittergüter — darunter 3 Staatsdomänen —, 4 sonstige Güter und 32 Bauerntzweckflächen mit einer Gesamtfläche von 14.098 Hektar zum Kaufpreis von 16.644.475 Mark. Dagegen betrug der Erwerb im Jahre 1907 9390 Hektar im Werte von 14.161.000 Mark. Von den eingekauften Besitzungen befanden sich nur 1752 Hektar in polnischer Hand. Der gesamte Ländererwerb der Ansiedlungskommission betrug bisher auf 349.476 Hektar zum Kaufpreis von 323 Millionen Mark. Hiervon kommt aus deutscher Hand Landbesitz im Werte von 287 Millionen und aus polnischer Hand von 86 Millionen.

Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der angekauften Güter ist demnach in polnischen Händen erworben worden; die meisten der angekauften Güter waren vorher in deutscher Hand. Es wird damit erneut bewiesen, daß die ganze Ansiedlungspolitik, für die der preussische Staat Hunderte von Millionen aufgewandt hat und noch aufwendet, nur den ostelbischen Junkern zugute kommt. Die ihre Güter zu Wucherpreisen dem Staate aufhängen. Die deutschen Ansiedler aber, die auf den parzellierten Gütern angesiedelt werden haben von vornherein mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, da sie den Boden viel zu teuer bezahlen müssen, und können von Glück reden, wenn sie dem vollständigen Ruin entgehen.

Damit der wachsenden katastrophischen Arbeiterelenden werden früher rein deutsche Gegenden allmählich polonisiert, so daß, trotz der erbärmlichen Wahlweise die Polen bereits in die Städteverteilungen des Westens einzubringen beginnen. Allseits kommt nun die preussische Regierung in nächster Zeit mit der Forderung, ihre Korruptionsfonds zu erhöhen, damit sie die Germanisation auch im Westen aufnehmen kann.

Stegau, 17. März. Zum Streit der Maßschneider. Angesichts des einmütigen Zusammenhaltens der Maßschneider schienen bei den Arbeitgebern die Kampfgeistige schon beträchtlich eingeschümmelt zu sein, denn von dieser Seite hat man, wie bereits gefahren gemeldet, nunmehr das bisherige Gewerbergericht zu Einigungsvermittlungen anrufen. Auf welcher Grundlage sich selbige bewegen werden, darüber darf man gespannt sein, da doch bekanntlich der gesamte Tarif in seinen einzelnen Positionen von beiden Teilen durchgearbeitet und anerkannt und einzig und allein die Arbeitgeber in letzter Stunde die Verhandlungen abbrechen, weil man auf ihrer Seite dem Einreichen zweier Firmen in die entsprechende Tarifklasse kein Entgegenkommen beweisen wollte!

Stegau, 17. März. Unfall. Am Sonntag-Morgen vermaßlichte infolge Fehlreitens im Ausgange des Gewerkschaftshauses der Silberschmied Wegla von hier. Er kam zu Fall und zog sich einen Unterschenkelbruch zu. Der Verletzte wurde sofort in ärztliche Behandlung gebracht.

Brieg, 18. März. Ein Dachstuhlbrand rief am Dienstag Abend um 7 Uhr die Feuerwehr nach der Nonnenstraße 6, dem Hinterhause von Garst's Konditorei. Die starke Rauchentwicklung ließ auf größere Ausdehnung des Feuerherdes schließen. Kaum hatten die Feuerwehrleute das Dach erstiegen und ein Loch in das Gebälk geschlagen, als die Flamme in ungeahnter Heftigkeit emporstieg und zeigte, daß bereits der ganze Boden brannte. Mit 6 Kohlen ging man sowohl von der Nonnenstraße, wie vom Hofe aus an die Bekämpfung des Brandes, der Dank herausgezeichneten Schula der Mannschaften und der ruhigen, zielbewußten Leitung nach einer Stunde jede Gefahr verloren hatte. Einen sehr verwerflichen Scherz hat sich während des Brandes ein Betrunkener geleistet. Als das Feuer beinahe gedämpft war — gegen 8 Uhr — ging eine neue Feuermeldung vom Kessler zu ein. Die Hälfte der Mannschaft wurde deshalb abgeteilt, den neuen Brandherd aufzusuchen. Aber schon beim Weider Doppelstraße 12 stellte sich heraus, daß großer Unfug von einem Betrunkener vorlag. Der Spaß dürfte ihm schlecht bekommen.

Brieg, 17. März. Zweifelhafte „Besserungs“-methode. Der 13-jährige Paul Wicorek von hier hatte von einer im Hause wohnenden Frau den Auftrag erhalten, ein Paket zum Post zu tragen. Zu diesem Zwecke wechselte sie ein Reklamafeld aus, nachdem sie dem Knaben 50 Pf. gab, leate sie das übrige Geld auf den Rückenstrahl. Um die Paketabgabe zu beschleunigen, ging sie in die Wohnkammer und als sie zurückkehrte, war das Geld verschwunden. Da sonst niemand außer dem Knaben in der Kammer gewesen sein soll, kam dieser in den Verdacht, das Geld gestohlen zu haben. Da er schon einmal wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, wurde er von der Strafammer zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Großschütz bei Schweidnitz, 17. März. Rückkehr zur altpreussischen Sparsamkeit. Ein hiesiger Einwohner beantragte beim Amtsrichter Böttcher die Anstellung eines Armenrentenpfandes zwecks Erlangung des Armenrechts. Die Anstellung wurde aber dem Antragsteller verweigert mit der Begründung, daß dem Staate hierdurch nur unaufgeklärte Kosten entstehen.

Das die Verwilligung des Armenrechts Sache des Gerichts ist, schreit der Amtsvorsteher nicht zu wissen. Wegen die angelegte Handlungsmethode des Amtsvorstehers ist Beschwerde erhoben.

Schweidnitz, 17. März. Eine öffentliche Agitation der Holzarbeiter laute letzten Montag in der Stadt Breslau. In Anbetracht des Ernstes der Situation hätte dieselbe besser besucht sein können, allein der lähmende Druck der Krise scheint auch hier seinen Einfluß geltend zu machen. Von den circa 120 Erschienenen war der größte Teil organisiert; ein kleiner Prozentsatz war nicht organisiert und der Rest setzte sich aus einigen Christlichen und Nichtchristlichen zusammen. Vorstandlicher Erzie aus Breslau referierte über das Thema: „Die schließt die Interessen der Holzarbeiter.“ Redner wies auf den Wert der Organisation hin und ermahnte die Anwesenden, sich die Organisation der Holzindustriellen zum Muster zu nehmen. In eine Ueberzeugung der durch die kapitalistische Produktionsmethode erzeugten Gegenstände sei heute weniger denn je zu denken. Wer in dieser Beziehung noch Zweifel hege, dem halle er die Worte des Vorsitzenden des Verbandes der Holzindustriellen, des Oberstarbmeisters Rochardt entgegen, die letzterer in einer Verlesung seines Verbandes geäußert: „Wer noch vom Humanitätsbussel befangen ist, dem gehören Prügel.“ Mit solcher gütlicher Offenheit ist der Holzarbeiterwohl wohl noch nie die Meinung dieser Herzen eingepaukt worden. Nur durch Massenanstrengung in den Deutschen Holzarbeiterverband kann dem Schachmattum in der Holzindustrie Abhilfe geschaffen werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion, die lediglich von feingewissenhaftlicher Seite geführt wurde, da die anwesenden Gegner schweigend, wurde die Versammlung geschlossen.

Schweidnitz, 18. März. Ueberraschen. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag nachmittag auf der Hochstraße. Das circa vier Jahre alte Töchterchen des Schuhmachers Nowak spielte mit mehreren anderen Kindern auf genannter Straße, als der Rößlerführer Schimmed mit seinem Fuhrwerk in ziemlich schnellem Tempo angetrieben kam. Das unglückliche Kind wurde von dem Vorder- und Hinterrad ergriffen, zu Boden gedrückt, so daß ihm Vorder- und Hinterrad über die Brust gingen. An dem Aufkommen der Kleinen wird gearbeitet.

Striegan, 17. März. Trauriges Ende zweier Freibeuter nach Guldobord, der sogenannten Lech, der frühere Schornsteinfegermeister Jonas von hier. Mithilfe der Verhältnisse sollen den 3, der schon lange Jahre seinen Beruf nicht mehr ausübt, zu der Zeit getrieben haben. — Am anderen Tage fand man dessen Leiche in der Nähe von Striegan, früher ebenfalls Schornsteinfeger, tot im Wasser vor. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

— Befahren der Arbeit. Im hiesigen Bahnhof hiel dem dort beschäftigten Steinbrecher Adolf Keffert von hier ein 4-5 Zentimeter großer Stein, der sich oberhalb seiner Arbeitsstelle los löst hatte, auf den Kopf. Durch den Schlag betäubt, fiel er ca. zehn Meter tief hinab in den Bruch. Im Krankenhaus geschafft, wurde ihm ein Stück Knochen, der ins Gehirn eingedrungen war, entfernt. An seinem Aufkommen wird gearbeitet.

— Wenn gehört das Rad? Im November 1908 wurde von einem Unbekannten in Döberitz, Kreis Striegan, ein hülfenreiches Fahrrad im Jahre 1908 für 8 Mk. gekauft und bis jetzt nicht abgeholt. Das Fahrrad ist Marz, „Diamant“, Modell 2, hat schwarzen Rahmenbau, Glöde und Sattelkassette. Auf der Glöde befindet sich der Name des Klmann, Striegan. Das Rad rührt anscheinend von einem Diebstahl her. Der Eigentümer kann sich beim Gen. armerie-Wachmeister Kiehl hier selbst melden.

Frauen, 18. März. Frauen-Versammlung. Montag fand hier eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, welche von circa 160 Personen besucht war. Genossin Dittke Vadder-Berlin hielt ein gutes Vortrags über „Die Frau im politischen Kampfe“. Sie zeigte den Frauen und Mädchen wie notwendig es sei, daß auch die Frauen sich politisch organisieren um so mit den Männern Schulter an Schulter kämpfen zu können. Eine größere Anzahl von Personen traten dem Wahlverein bei.

Rangensbierau, 17. März. Glänzender Sieg bei der Gemeinderatswahl. Bei der am Montag vorgenommenen Gemeinderatswahl errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg, indem ihr Kandidat, Genosse Gottschling, mit 258 Stimmen gewählt wurde. Der konservative Gegner erhielt ganze fünf Stimmen. Das Mandat gehörte uns schon vorher, wurde aber durch Tod frei.

Rangensbierau, 17. März. Zum Weberstreik. Vom Streik bei Neugebauer n. Postpächter ist zu berichten, daß die Firma weitere Kündigungen der Hilfsarbeiter vorgenommen hat; es ist ihr also unmöglich, den Betrieb weiter zu führen. Die Streikenden hoffen zuversichtlich, daß ihre Ausdauer schließlich doch belohnt wird und es ihnen gelingt, die nachdrückliche Vohndregerung abzuvkehren. — Wie uns weiter gemeldet wird, ist die Firma Neugebauer n. Postpächter in der vorigen Woche in den Verband der Textilindustriellen aufgenommen worden, der nunmehr den Kampf gegen die hungierenden Weber führen wird und gegebenenfalls die Absperrung aller Rangensbierauer Textilarbeiter verfügen will. Dieser Entschluß wird die Streikenden auch nicht davon abbringen, von ihren gerechten Forderungen abzugehen, trägt aber sicher dazu bei, die Sympathie aller gerechtdenkenden Menschen für die Streikenden zu erhöhen.

Glaz, 17. März. Kartell. In der letzten Versammlung wurde beschloffen, am 1. Mai eine Volksversammlung abzuhalten. In die Lokalkommission wurden zwei Genossen delegiert. Hieran wurden Maßnahmen in Betrieben zur Sprache gebracht. Mit dem Hinweis auf die am 22. März stattfindende Schuhmacher-Versammlung erfolgte Schluß der Sitzung. Unentschieden blieben die Zimmerer, Glasarbeiter, ein Schuhmacher und ein Holzarbeiter.

An die organisierten Arbeiter von Glaz und Umgegend ergoht hiermit die Aufforderung, nur das Lokal von Schadek, welcher den Arbeitern sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung stellt, zu besuchen. Alle anderen Lokale sind streng zu meiden.

Beuthen, 17. März. Eine „Bierde“ seines Standes. Der flüchtige Rechtsanwalt Demlow soll aus der Liste der Rechtsanwälte gestrichen werden. Außer Ziviljustiz schwebt ein Verfahren gegen ihn wegen zweier Unterschlagungen, sowie Erhebung von zu hohen Gebühren für seine Rechtsanwaltschaftstätigkeit. Die Erlassung des Exekutorbeschlusses war bis jetzt erfolglos.

Ratibor, 17. März. Selbstmord durch Vergiften beging der mutmaßliche Mörder der ebenfalls durch Gift gestorbenen 21 Jahre alten Tochter der Witwe Hümmel in Wolskiau, Kreis Ratibor.

Wielonka, 17. März. Vom Regen in die Traufe. Ein russischer Ueberläufer durchbrach am Sonntag vormittag die russischen Grenzposten, um durch die Krzemna wald das deutsche Gebiet zu erreichen. Obwohl die Grenzposten mehrere Schüsse auf ihn abfeuerten, erreichte er doch unverletzt das deutsche Gebiet und suchte Zuflucht in einem Hause. Er wurde indessen von der preussischen Polizei ermittelt und festgenommen, da er

vor einiger Zeit auf deutschem Gebiete einen Einbruchsdiebstahl verübt hat. Die Polizei überstellte ihn dem Gerichtsgefängnis Ratibor, 18. März. Pölnische Wäbne in Oberschlesien. Der polnische Verein für nationale Aufführung trägt sich mit der Absicht, eine Anzahl junger Männer und Mädchen in der Wäbrenkunst auszubilden, um sie dann an allen größeren Orten durch die Aufführung polnischer Theaterstücke während im politisch-nationalen Sinne wirken zu lassen. Alles Folgen der Germanisation.

Babrze, 18. März. Todesopfer aus dem Fenster. Die Frau des Feuerwehrmannes Depia von hier beging Dienstag Selbstmord, indem sie aus dem 3. Stock auf den gepflasterten Hof hinabsprang, wo sie mit ziemlichem Schadel tot liegen blieb. Man nimmt an, daß sie die Tat in einem Zustand geistiger Umnachtung ausgeführt hat.

Hockenerkrankung. In der Familie des Bergmanns Meinlich in Schoppin sind die Hoden ausgebrochen. Die Familie wurde in der Parade des Gemeindefestivals untergebracht.

Beuthen, 18. März. Das Geständnis des Mörders. Ein umfangreiches Geständnis hat der Wildbied Parolla gegenüber dem Gefängniswärter abgegeben, wonach er den Pöler Meislich in der Tat erschossen hat. Er, der zu 14 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, legte das Geständnis ab, als ihm das Urteil zur Unterzeichnung zugesandt wurde.

Neustadt O., 17. März. Verfehlte Staatsaktion! In der letzten Schöffengerichtssitzung fanden die Anwälte Franz Döbrich, Theodor Scholz und Paul Rosenberger aus Deutsch-Rastow auf der Anklagebank, weil sie bei dem Wauererfest im vorigen Sommer einen Arbeitskollegen, „der es vorzog, zu arbeiten statt zu faulenz“, (sic) die das Recht, Stadtblatt, D. S., unter Verletzung der Niederlegung der Arbeit veranlaßt haben sollten. Die Verurteilung ergab jedoch nur, daß eine ganz harmlose Unterhaltung über den Streik gepflogen worden war. Demzufolge mußte auf Freisprechung erkannt werden, die der Amtsanwalt selbst zu beantragen sich genötigt sah.

Reichenbach n. O., 17. März. Eingekerkelter Betrieb. Infolge des letzten großen Schneeefalls hat die Eisengießerei wegen zu großer Einwirkungen den Betrieb eingestellt. Die Hoff von den an dieser Bahn liegenden Dreisen wird durch Schlitzen befördert.

Posen, 17. März. Gegen die Antimierkneipe. Der Volkspräsident hat den Inhabern einer Anzahl von Lokalen mit Damenbedienung im Wege der schriftlichen Verfügung mitgeteilt, daß er für diese Lokale die Polizeikontrolle auf 9 Uhr Abends festgesetzt habe, daß somit um diese Zeit derartige Lokale zu schließen sind.

Gnesen, 18. März. Die Ansiedler gegen die Junker. Die angekündigte Protokollversammlung der deutschen Ansiedler in den Ostmarken gegenüber den Großgrundbesitzern im Grunde der Landwirte hat gestern in Gnesen stattgefunden. Circa 12.000 bis 15.000 Ansiedler hatten sich in der Stadt eingefunden. Die Versammlung wandte sich energisch gegen das Bestreben der Junker, das ostelbische Fronzöfistum in den Ansiedlungsgebieten durchzuführen, wobei die Junker auch recht kräftige Töne fanden. Der Ansiedler Reinecke-Schlehen bemerkte in seinem Referat unter anderem: Aus Gerechtigkeitsgründen mußte verlangt werden, daß diejenigen Großgrundbesitzer, die sich nicht in der Ostmark aufhalten, die Erträge aus ihrem Besitz gar im Auslande verzehren, enteignet werden, umschmelzt darum, ob sie Deutsche oder Polen. (Stürmischer Beifall.) Den Ansiedler gebühre unter anderem auch eine beratende Stimme in Verwaltungskörper der Ansiedlungskommission, denn sie wären am besten in der Lage zu beurteilen, was dem Ansiedler wirklich not tut.

In der Diskussion erklärte Ansiedler Moriz-Wilhelmssau: „Wir waren bisher treue Mitglieder des Bundes und überließen ihm gern unsere Führung. Aber man hat uns unter Schweiß und Schweiß angefahren. Der Großgrundbesitzer kann für uns nicht mehr als Führer in Betracht kommen. Der Bauer ist sehr wohl imstande, seine Interessen selbst zu vertreten und Führer aus seiner Mitte zu stellen. Die Polen sind unsere offenen Feinde, vor ihnen können wir uns nicht schützen. Vor unseren Freunden möge uns aber Gott beschützen.“ Ansiedler Meher-Bernil verlangte, daß der Erwerb eines Restquats ebensoviel an Steuern aufbringt, wie die auf der gleichen Fläche angelegten Bauern, daß er auch den Armen- und sonstigen Lasten ebenso teilnimmt, wie die Mitglieder der Ansiedlungsgemeinde und nicht alle möglichen Steuerprivilegien genießt. (Stürmischer Beifall.) Die anwesenden Bundeshüpflinge unternahmen vergebliche Versöhnlichungsversuche. Zum Teil wurden sie durch große Unruhe und Proteststürme an längeren Reden verhindert. Zuletzt wurde eine Protestresolution gegen das von den Junkern erstrebte System von freitags- und landtagsfähigen Restquäten im Hinblick der Ansiedlungen, durch das sich die Junker die politische Herrschaft über die kleindauerlichen Ansiedler sichern wollen, angenommen.

Die Gründung eines Ansiedlerbundes wurde dem Leiter der Versammlung, Ansiedler Marie-Kau-Lehenburg, zur weiteren Ausführung überlassen.

Beuthen, (Polen) 18. März. Tod durch Kohlen gas. Auf den Wutschdorfer Kohlenwerken wurden 6 Bergarbeiter von Kohlenoxydgasen betäubt. Dem aufführenden Steiger gelang es, 4 soweit zu ermuntern, daß sie sich in Sicherheit bringen konnten. Den Bemühungen des Arztes und der mit dem Sicherheitsdienst Betrauten gelang es, einen von den beiden übrigen ins Leben zurückzurufen. Bei dem sechsten Arbeiter, dem 25-jährigen Weisert aus Wleske, war der Tod bereits eingetreten. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 2 Kindern im Alter von 1 und 2 1/2 Jahren.

Weserik, (Polen) 18. März. Durch elektrischen Strom getötet. Ein Monteur der elektrischen Ueberlandzentrale, der an der Leitung bei Seerem beschäftigt war, kam dabei dem Draht zu nahe und wurde vom elektrischen Strom getötet.

Roschmin (Polen), 17. März. 16 Scheunen abgebrannt. In der Nacht zum Sonntag brannten, dem Pöler Tagblatt zufolge, die sämtlichen Scheunen in der Grembower Vorstadt liegenden Scheunen der hiesigen Kuchbrotfabrik nieder. Das Feuer war in der 10. Abendstunde zum Ausbruch gekommen und übertraug sich auf die Strohdächer der angrenzenden Scheunen, was einer auf die andere mit einer solchen Schnelligkeit, daß in weniger Minuten die meisten Scheunen schon in Flammen standen. Fast alle Scheunen waren nur aus Holzwerk hergestellt und mit Strohdächern versehen, enthielten auch noch mehr oder weniger Getreidevorräte, von denen leider nicht alle gegen Brandschaden versichert waren. Es wurde ein Ruch unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Wochenschrift Nr. 1. — Verlag von Carl Schick. — Druck von Th. Schick. — G. u. L. D. — Druck in Dresden. —

Beim Nachfüllen von MAGGI Würze mit dem Kreuzstern.

achte man darauf, dass die Würze aus der grossen Original-MAGGI-Flasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als echte MAGGI-Würze feilgehalten werden.



Verpätet.
Am 13. d. M. verschied nach langem Leiden die Frau von unserem Kollegen Paul Prietzel.
Frau Marie Prietzel, geb. Beyer,
Infolge Herzschwäche. 1316
Ein ehrenvolles Andenken werde ihr bewahren
Die Mitglieder des Zentral-Vereins der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend.

Am Sonntag, den 14. d. M., schied freiwillig aus dem Leben unser treuer Verbandskollege
Friedrich Hurtig
im Alter von 47 Jahren.
Ihre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Zentral-Vereins der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Oswitz 21.

Am Mittwoch, den 17. März, verschied plötzlich die Frau unseres wertigen Verbandsmitgliedes Herrn Karl Guhl
Frau Emma Guhl.
Lotterieverein „Port Arthur“.

Pfänder-Auktion
Montag, 22. März, b. Nr. 31450.
Carl Fround, Münzstr. 2.

Pfänder-Auktion!
Pfändl.-Inst., Oelsnerstr. 12.
Veränderung nur bis 22. März cr.

Pfänder-Auktion
Donnerstag, den 25. März cr
Pfändel-Inst., Oelsnerstr. 12.
Math astr. 118, 1. Stg.

Gebr. billige Möbel!
Schränke, Vertikals, Bettstellen, Sofas, Kommod., 21. Stuben Einrichtungen u. verl. Friedrichstraße 66. 1317

Ich kaufe geb. Möbel bei städt. Kasse, Zederschlag, Verzug. Kaufe ganze Wohnung-Einrichtung gegen sofortige Zahlung. 1317
Wobler, Gartenstr. 36.

Billig Fleisch
Ludw. gütigen Verkauf. 1318
Rindfleisch 60 und 65 Pf.
Schweinefleisch 65-75 Pf. Veredelung und Verkauf 30 Pf. auf Bestellung Preis 20 Pf. 1314
Nur Fleischerei Trebnitzerstr. 18.

Rindfleisch
Ludw. gütigen Verkauf. 1318
Rindfleisch 60 und 65 Pf.
Schweinefleisch 65-75 Pf. Veredelung und Verkauf 30 Pf. auf Bestellung Preis 20 Pf. 1314
Nur Fleischerei Trebnitzerstr. 18.

Riesige Fänge!  **Billige Preise!**
Infolge der kolossalen Fänge unserer Dampferflotte verkaufen wir heute, morgen und übermorgen
feinsten Cablian und Backhellsisch
zu 20 Pfg. per Pfd. Nächster Wagon Sonnabend.
D. D.-F.-G. „Nordsee“.

Trinkt **Malzkaffee** **Baumf.**
Buchhandlung Volkswacht.
Der wahre Jakob, Wigblatt, wöchentlich 0.10.
Buchhandlung Volkswacht.
Volks-Fremdwörterbuch von W. B. B. 3.20 1306

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7. Uhr
„Die weiße Dame“.
Freitag, 7. Uhr
„Elektra“.
Sonnabend, 7. Uhr
„Sohrengrin“.

Viktoria-Theater.
Gastspiel Leonhardy
Maskel.
Tanz das brillante
März-Programm.
Donnerstag 7. Uhr.
Sonnabend 7. Uhr.
Sonnabend 7. Uhr.

Lobe-Theater.
Donnerstag, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Palmengarten.
Ein
Rosen-Fest
in Nizza.
2 Hapellen. Entree frei.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Sonnabend, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Dominikaner.
Neues
Riesen-Programm.
Nächstes Hebe Anschlag.
Entree 10 Pf.

Thalia-Theater.
Sonnabend, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Verlangen Sie bitte Biere der
Breslauer Union-Brauerei!

Schauspielhaus
Sonnabend, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Metallputz
Putzin
ist die beste
Flüssige
Fritz Schulz jun. Akt.Ges.
Leipzig.

Liebig's Etablissement.
Neu! Neu! Neu!
„Iris“.
Schauspielhaus
Sonnabend, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Verlangen Sie bitte Biere der
Breslauer Union-Brauerei!

Zeltgarten
Dr. H. Krzinski.
Rändler-Vorstellung
Weltstadt-Programm.

Kansel's Etabliss., Pöpelwitz.
Heute Donnerstag: 1308
Tanz-Kränzchen
bei vollem Orchester und freiem Entree.
Grandes Polonaise mit Präsent-Verteilung.

Wilhelmsburg
Hendorfstraße 54
Sonnabend, 7. Uhr
„Der ideale Bauer“.
Freitag, 7. Uhr
„Erde“.
Sonnabend, 7. Uhr
Zum 1. Male:
„Der kleine König“.
Zum 1. Male:
„Eine unmoralische Ehe“.

Hermisdorf.
Sonnabend, den 21. März
im Gasthof „Zur Vorwärtshütte“ bei Herrn Alois Klose:
Verbandskränzchen
des Bergarbeiter-Verbandes.
Anfang nachmittags 5 Uhr. Entree 30 Pf. — Nur 2. Kategorie haben Zutritt.
Der Vertrauensmann.

Wahlkreis Landeshut—Bolkowhain—Jauer.
Landeshut, am Freitag, den 21. März, findet die diesjährige
Wahlkreis-Konferenz
am 18. April, vormittags 11 Uhr, im Gasthof zum grünen Acker in Jauer, statt.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Kreisverwaltungsamtes.
2. Besprechung der neuen Verfassung.
3. Tages-Ordnung.
4. Beschlüsse.
Der Vertrauensmann.

Wahl von 3 Delegierten zur Generalversammlung statt.
Sonnabend, den 21. März, findet im Gasthof (Rathhaus) zum goldenen Hahn die
Wahl von 3 Delegierten zur Generalversammlung statt.
Sitzzeit: Vom 10. bis nach 6 Uhr. — Legitimation: Mitgliedsbuch mit
im Besitze der Mitgliedschaft der Kreisorganisation. 1312
Der Vertrauensmann.

Mitg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter
(S. S. 29 Hamburg.)
Sonnabend, den 21. März, findet im Gasthof (Rathhaus) zum goldenen Hahn die
Wahl von 3 Delegierten zur Generalversammlung statt.
Sitzzeit: Vom 10. bis nach 6 Uhr. — Legitimation: Mitgliedsbuch mit
im Besitze der Mitgliedschaft der Kreisorganisation. 1312
Der Vertrauensmann.

Solidaria
Fahrräder.
Das beste Rad der Gegenwart.
Lieferung auf Wunsch gegen
Teilzahlung.
Anzahlung 20-40 M. Ab-
zahlung monatlich M. 8-10.
Reichräder bei Barzahlung
v. M. 55- an. Zubehör billigst.
Katalog umsonst.
J. Jandrosch & Co.
Charlottenburg Nr. 54.

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
Zwei öffentliche Vorträge
im Saale der neuen Börse, Graupenstraße
Frau Meisel-Hess aus Berlin:
1. Montag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr: Die Segenordnung der Kulturwelt (Ehr. ihre Umgehung, Doppelmoral).
2. Montag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr: Prostitution, Frauenbewegung und Rasse. 1310
Eintritt mienentgeltlich, auch für Nichtmitglieder.

Volksvorstellung 1908/9
(Thalia-Theater).
XV. Vorstellung.
Sonnabend, den 21. März,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Der Barbier von Sevilla
von Rossini.
I. Rang 1. — Mt.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.
Lektbücher à 20 Pfennige sind in der Expedition zu haben.

Masken-Kostüme
Größtes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges
A. Franz Nach. H. Wiersing
Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.
Fabrik histor. Festzugs- und Quadrillen-Kostüme.

Achtung! Schuhmacher!
Die billigste Bezugsquelle für Sie ist die
neu eröffnete Lederhandlung
Max Schifftan, Waldenburg i. Schl.
von Rabattmarken. Auenstraße 4. Rabattmarken. 1269

Arbeiter! Parteigenossen!
kauft
Schulbücher
nur in der „Volkswacht“-Buchhandlung.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 17. März.

Am Ministerisch: Freiherr von Rheinbaben.

Freiherr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen sämtliche Besoldungsvorlagen für die Beamten, Lehrer und Geistlichen, die Steuergesetze und das Wohnungsgeldauschlagsgesetz.

v. Buch:

In feierlicher Stunde ist dem Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten der Dank für die Erledigung der Besoldungsvorlage ausgesprochen worden. Ich kann mich diesem Dank nur mit sehr weitgehenden Einschränkungen anschließen. (Sehr richtig!) Die Rede, die im Vorjahr Oberbürgermeister Ehlers gegen die übertriebenen Forderungen der Beamten hier gehalten hat, ist ungehört verfallen. Diese Rede hätte die Regierung jedem Beamten ausstellen und in jedem Bureau aufhängen sollen. (Beifall.) Die Parolen haben vor allem die Rechte der Steuerzahler zu wahren und müssen daher zu weitgehenden Forderungen stehen. Das Abgeordnetenhaus aber hat bei den Besoldungen nur erhöht und nur einmal herabgesetzt. (Hört, hört!) Es hat sich viel zu sehr von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Für uns ist natürlich jetzt die Situation unangenehm, nachdem Regierung und Abgeordnetenhaus sich geeinigt haben. (Sehr richtig!) Die Verabschiedung der Besoldungsvorlage ist eine große Last gewesen. Nun, Gehälter zu erhöhen und die Bezahlung dem lieben Gott und den Sozialdemokraten zu überlassen (weiterer Beifall), ist sehr leicht. (Beifall.) Deshalb werden wir uns auch gegen die Nachlasssteuer, weil wir nicht wollen, daß die Zukunft für die Gegenwart verjagt. Jeder Mensch muß das, was er ausübt, auch selber aufbringen. (Sehr richtig!) Der Gedanke der Gesellschaftsteuer war gut und hätte vom Abgeordnetenhaus nicht verworfen werden sollen. Vielleicht denkt das Reich an die Einführung dieser Steuer, bei der man nicht von der „Ärte des armen Mannes“ und von Mittelstandsberufen auf Aktien sprechen kann. (Sehr richtig!) Die Verabschiedung der Steuerzuschläge auf Einkommen von 1200 Mark begrüße ich mit Freuden. Wer mitleidet, soll auch mitgeben! (Sehr richtig!) Die Neuordnung des Wohnungsgeldzuschusses auf nur zwei Jahre hat das Bedenkliche, daß die Kapitalien nicht zum Einschlagen kommen. Öffentlich wird der Krieg aller gegen alle in der Beamtenchaft bald aufhören. Das Reich ist auf altvertrauten Traditionen aufgebaut, es kommt ins Wackeln, wenn wir an diesen Traditionen rütteln! Deshalb mahne ich Sie, an diesen bewährten Traditionen festzuhalten. (Beifall.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Den letzten Worten des Vordrängers kam ich mich nur anschließen. Ich habe mich im Abgeordnetenhaus nach Kräften bemüht, diese altvertrauten Traditionen hochzuhalten. Eine Aufbesserung der Beamtengehälter war notwendig. Der Agitation einzelner Beamtenkategorien bin gerade ich sehr entgegengetreten. Ich muß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses insofern in Säus nehmen, als es doch weit zurückgeblieben ist hinter den viel zu weitgehenden Forderungen einzelner Beamtenkategorien, vor allem der Lehrerschaft. Zu danken ist das der Einigung aller Parteien von links bis rechts. Es freut mich, daß Herr v. Buch die Gesellschaftsteuer für eine gute Steuer gehalten hat. Aber vor der Uebertragung der Gesellschaftsteuer auf das Reich muß ich doch auf das schärfste warnen. Das wäre der erste Schritt, dem Reich Konzeptionen auf dem Gebiete der direkten Steuern zu machen. (Sehr richtig!) In der Kommission wird es hoffentlich recht bald zu einer Beschäftigung aller Beteiligten kommen. Bis dat, qui cito dat! (Beifall.)

Fürstbischof Dr. Kopp:

Ich kann dem Abgeordneten v. Buch nicht Recht darin geben, daß das Abgeordnetenhaus und die Regierung den übertriebenen Forderungen der Beamten sich gefügt und nur Erhöhungen über die ursprüngliche Vorlage hinaus beschlossen hätten. An der Vorlage betr. die Aufbesserung der katholischen Geistlichen z. N. ist nichts geändert worden. Die katholische Geistlichkeit ist für die Vorlage dankbar und ich mache mich gern zum Dolmetsch dieser Dankbarkeit. Ueber bleibt die Tatsache bestehen, daß die Vorlage die katholischen Geistlichen schlechter stellt als die evangelischen.

Fürst Radziwill:

In vielen Punkten bin ich mit Herrn v. Buch durchaus einverstanden. Namens meiner ganzen Diözese muß ich hier aber feierlichen Protest erheben gegen die Ausnahmebestimmung, die sich gegen die katholischen Geistlichen in meiner Diözese richtet. Sie ist einerseits vergifteter Pfeil, die in der Kulturkampfzeit gegen uns geschleudert wurden. Für ihre rasigen Anklagen hat die Regierung

feinerlei Unterlagen. Der Geistliche ist immer Diener der Kirche, nie Diener einer Nation! Die Ausnahmebestimmung der katholischen Geistlichen in der Provinz Posen ist eine Verleumdung unterer religiöser Ueberzeugung, und ich hoffe, daß die Kommission dieser Verleumdung entgegenzutreten wird.

Ministerialdirektor v. Chappuis:

Gerade durch die katholischen Geistlichen sind die Solol- und Straßvereine weitgehend unterstellt worden. So gar Herr v. Stabrowski hat diese Unterstellung unterlagert. Die Forderungen der Sololvereine wurden in den Kirchen gelehrt, während man bei der Einlegung der Forderungen der preussischen Regimenter Schwierigkeiten bereite. Auch der Schulstreik wurde von der katholischen Geistlichkeit gefördert. Unter diesen Umständen konnten wir diesen Geistlichen nicht dieselben Begünstigungen als den anderen Geistlichen. (Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hann: Bei dieser Maßnahme handelt es sich nicht um einen verärgerten Pfeil, sondern um ein Verteilungsmittel gegen das vordringende Polentum. (Sehr richtig!) Sie wendet sich gegen den Mißbrauch der Religion zu nationalpolnischen Zwecken. Die Ausnahmebestimmung ist der erste Schritt auf einem Wege, den die Regierung längst hätte beschreiten sollen. (Beifall.)

Professor Dillebrand-Breslau bespricht die Erhöhung der Lehrgelder. Gegen manche Einzelheiten müssen schwere Bedenken geltend gemacht werden. Da ist vor allem die neue schwere Belastung der Kommunen zu nennen, vor allem der kleinen Kommunen.

Oberbürgermeister Lenke Magdeburg:

Das eine Erhöhung der Beamtengehälter notwendig war, darüber besteht Einigkeit. Aber die Art des Einkommens der Kommunen zu mancherlei Bedenken führen. Sie greift tief ein in die Interessen der kommunalen Schulverbände. Im Vorjahre hat man uns noch kein Wort gesagt, daß die Vorlage die wirkende Kraft bekommen würde. Infolgedessen hatten die Kommunen ihre Haushaltspläne für 1909 ohne Berücksichtigung der rückwirkenden Kraft aufgestellt. Kallschel hat man den Kommunen wichtige Einnahmen genommen und ihnen dafür neue Lasten auferlegt. Der schlagende Beweis dafür, wie wenig die Rechte der Gemeinden geschützt sind, ist das Lehrerbesoldungsgesetz. Am 1. April tritt das Besoldungsgesetz in Kraft, die Staatszuschüsse werden uns mit rückwirkender Kraft entzogen, das Kinderprivilegium wird ausgedehnt und die Steuerzuschläge werden doch auch von den Mitgliedern der Kommunen erhoben. Der Staat beruht auf den Kommunen, und wenn diese leiden, dann muß auch der Staat leiden. (Sehr richtig!) In dieser Form darf daher die Vorlage nicht Gesetz werden. (Beifall.)

Finanzminister Freih. von Rheinbaben: Geradezu verwunderlich ist, wie der Vordränger sagen konnte, die Kommunen seien auf die rückwirkende Kraft nicht vorbereitet gewesen. Sie ist feierlich zu Beginn der Landtagssession angekündigt worden. Von den neuen Fällen des Lehrerbesoldungsgesetzes entfiel nur der kleinste Teil auf die Kommunen. Da kann man doch nicht von einer großen Schädigung der Kommunen sprechen. Ich gönne den Großstädten alles Gute. Aber sollen wir Städten wie Köln, Frankfurt a. M. oder Düsseldorf Staatszuschüsse für die Erhaltung der Schulen bewilligen? Es sollte ein nobilit officium der Großstädte sein, dafür einzutreten, daß die leistungsschwachen Schulverbände die Zuschüsse erhalten. Die ganze Entwicklung der Neuzeit ist zu gunsten der Großstädte und zu gunsten der kleinen und kleinsten Städte erfolgt. (Beifall.)

Graf von Bartenburg: Auch nach der Erhöhung der Lehrgelder werden die Lehrer nicht zufrieden sein. (Sehr richtig!) Der Resolution des Abgeordnetenhauses auf Erhöhung der Gehälter der Mittelschullehrer sollte die Regierung bald nachkommen.

Ministerialdirektor v. Schwarzkopf: Die Staatsregierung würde es tief bedauern, wenn dem Lehrerbesoldungsgesetz hier Schwierigkeiten bereit würden, denn es handelt sich um die Beilegung eines Notstandes. Die Stimmung der Lehrerschaft ist nach der Verabschiedung der Vorlage im Abgeordnetenhaus eine wesentlich ruhigere geworden. Die Regierung begt daher die feste Zuversicht, daß das Herrenhaus an einigen Meinungsverschiedenheiten des eminent wichtige Gesetz nicht scheitern lassen wird. Was die Kommunen anlangt, so können die großen Kommunen die Lasten wohl tragen. Für den Etat von Berlin spielen 435.000 M. ebensowenig eine Rolle wie die 110.000 M. Staatszuschuß für Hannover und die 160.000 M. für Frankfurt a. M. (Beifall.)

Graf v. Sodenhal-Hohenprießnitz begrüßt die Vorlage über die Gehälter der Geistlichen.

Das Haus verlagert sich auf Donnerstag 1 1/2 Uhr: Schlußberatung des Antrages Graf Mirbach, betr. Stellungnahme gegen jeden weiteren Ausbau der Reichserbschaftsteuer, Besoldungsvorlagen (Fortsetzung), kleine Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagskandidatur für Elberfeld-Barmen. In einer von 62 Parteimitgliedern besuchten Sitzung im Elberfeld-Barmen wurde einstimmig beschlossen, daß am 23. d. M. stattfindenden gemeinsamen Reichstagswahlversammlung der Genossen Fritz Ebert vom Parteivorstand als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen zu empfehlen.

Arbeiterbewegung.

Arbeiterklassen im westfälischen Industriegebiet. Aus dem Bezirk Dortmund wird gemeldet: Die Parteien der Bergbau-Aktiengesellschaft kündigte zum ersten April auf Zeche Breußen I und II 95 Arbeitern, auf Zeche Gneisenau 62, auf Zeche Scharnhorst 55. Außerdem wurden in verschiedenen Betrieben erhebliche Vorkreditionen vorgenommen. Auf Zeche Viktor wurden 150 Mann durch Anschlag gefeuert. Das Walzwerk Weber bei Dortmund kündigte zum ersten April allen Arbeitern; hierdurch werden 250 Mann betroffen.

Ein Streik der Glasarbeiter ist in Reifenthal in Polbringen in der Glasfabrik ausgebrochen. 450 — meist unorganisierte — Arbeiter und Arbeiterinnen streiken.

Die Aussperrung der Parteibodenleger in Straßburg im Elsaß ist beendet.

Zum Streik der französischen Postbeamten. Am Dienstag Abend um 10 Uhr streikten, einer amtlichen Aufforderung zufolge, 800 Postbeamte von 12.000. Der Ausbruch ist in Havre, Lyon und in Lille beschlossen worden. In den Wahlen der Kammer ist das Gerücht verbreitet, daß der Austritt des Staatssekretärs Symian.

Ministerpräsident Clemenceau hatte am Mittwoch eine längere Unterredung mit dem Vauveunminister Barthe. Der Betrieb in der Pariser Telephonzentrale ruht seit gestern Abend 6 Uhr vollständig. Das gesamte Personal hat den Dienst aufgegeben. Wie das Blatt „Patrie“ mitteilt, hatte Unterstaatssekretär Symian in der heutigen Besprechung mit dem Vauveunminister Barthe sich für ohnmächtig erklärt, die Arbeiterbewegung einzudämmen. Unterstaatssekretär Symian soll tatsächlich dem Vauveunminister seine Demission angeboten haben, doch hat sie jedoch nicht angenommen. Mit dem Hinweis darauf, daß es nicht angängig sei, in diesem Augenblick zu demissionieren. Wie das genannte Blatt weiter erzählt, wurde in der gestern Vormittag stattgefundenen Versammlung der Ausschüßigen der Antrag eingebracht, im Falle einer Mobilmachung Telegramme entweder gar nicht oder falls zu expedieren. Ueber diesen Antrag wurde jedoch nicht abgemittelt, doch soll er neuerdings nochmals in der nächsten Versammlung zur Sprache gebracht werden. Der Ausbruch greift auf die Provinz über.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. März.

Geschichtskalender.

19. März.

1813 Der Nisarcisende Uinglone.
1908 Journalistenstreik im Deutschen Reichstag.

Selbstbeherrschung.

Der kleine Fritz hat längere Zeit nicht mit seiner leidenschaftlich geliebten Eisenbahn gespielt. Heute nun sieht ihn wieder einmal der Sinn danach, und so baut er in großem Eifer die Schienen auf, um dann die Lokomotive darüber laufen zu lassen. Aber die kleinen Finger sind etwas ungeschickt geworden im Zusammenstecken, es dauert lange, bis die Bahn beschaffbar ist, zu lange für die gespannte Erwartung des kleinen Spielers. Endlich kann die Lokomotive losgelassen werden — aber o weh! o weh! Irgebwid muß noch eine Lücke gefüllt sein: der ganze Zug entgleist, fährt und reißt Bahnhofs, Güterschuppen, Signalhänge, Mensch und Vieh — alles mit Liebe und Phantasie so schön aufgebaut — mit hinein in die Katastrophe. Alle Herrlichkeit zerstört, die ganze schöpferische Vorbereitung des eigentlichen Spieles mit einem Schlag vernichtet! Der kleine Fritz ist außer sich, weint und töltet in heftigem Schmerz.

Aber nun kommt doch seine verständigere Mutter, befreit den Schmerz und verhilft dem sargungslosen Kinde durch Ruhe und Zureden wieder zur Selbstbeherrschung? Denn daß man das enttäuschte Kind nicht einfach toben lassen kann, ist ja klar;

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine neue Ballonfahrt nach dem Nordpol. Der amerikanische Professor Nische von der Pennsylvania-Universität hat ein großes Ballon-Unternehmen nach dem Nordpol vor, das von Spitzbergen ausgehen und im Juli aufbrechen soll. An der Fahrt sollen sechs Personen teilnehmen. Prof. Nische will den Nordpol erreichen oder überfliegen mit drei Luftballons oder möglicherweise auch mit zwei Ballons und einem lenkbaren Luftschiff. In jedem Luftschiff sollen sich zwei Mann befinden. Das eine davon soll das nötige Gepäck, das zweite Gasolin, das dritte Proviant und die wissenschaftlichen Instrumente mit sich führen. Der Plan klingt recht abenteuerlich und die Erfahrungen, die man mit Wellmanns Fahrten oder vielmehr seiner Nischefahrt gemacht hat, sind nicht geeignet, das Vertrauen darauf zu geben, wenn es auch neuerdings den Anschein hat, als ob Herr Wellmann noch einmal ernsthafter den Versuch wagen will. Wenigstens erklärte er einem Vertreter des „Evening Standard“: Unter günstigen Umständen hoffe ich in drei Tagen nach dem Nordpol und zurück nach der Dänen-Insel zu fliegen. Das Luftschiff wird imstande sein, 2000 englische Meilen zurückzulegen. Ich würde lieber nach der Dänen-Insel zurückkehren als nach Sibirien gehen, weil mir daran gelegen ist, so schnell wie möglich zur Zivilisation zurückzukommen. Meine Expedition wird für acht Monate Proviant mitnehmen, die Hilfe der mitzuführenden Hunde und Schützen wird sie selbst aus den unangenehmsten Tagen zurückgelassen können. Das Luftschiff Wellmanns ist 65 Meter lang und hat einen Durchmesser von 150 Meter. Sein Inhalt beträgt 7800 Kammeter und es führt für 40 Tage Gas mit.

Ein ergötliches Stückchen spielte sich dieser Tage im Stadttheater zu Gera ab. Es sollte Dumas' „Kean“ in Szene geben. Das Theater hatte sich bereits gefüllt, als der Regisseur vor die Kampe trat und dem Publikum verkündete, daß die Vorstellung nicht stattfinden könne — weil der Souffleur selber krank geworden sei. Die Besucher verließen hierauf kopfschüttelnd das Theater, denn sie waren doch nicht gekommen, um den Souffleur, sondern um die Schauspieler zu hören, und die waren doch sämtlich ganz gesund.

Aus aller Welt.

Lawinenopfer. Befürchtlich sind bei dem Verunglückten in Maria Luggau bei Wien acht Personen verunglückt. Nur wurde ein 15jähriges Mädchen auf wunderbare Weise gerettet. Gelegentlich der Bergungsarbeiten stieß man auf einen großen Stein, unter welchem man in einer nur zwei Meter reichenden Vertiefung

ein besinnungsloses Mädchen vorfand, das im warmen Bette lag. Nach kurzer Zeit konnte das Mädchen wieder zum Bewußtsein gebracht werden, und als man es über das Unglück befragte, konnte es sich an nichts mehr erinnern. Nur das eine konnte das Mädchen angeben, daß es durch einen furchtbaren Sturz aufwachte und dann samt dem Bett zergerissen wurde. — Das ganze Vorkommnis ist ein wenig rätselhaft, da von allen umliegenden Bergen mächtige Lawinen niedergingen. — Ueber die älteste deutsche Sprachinsel, das Dorf Lusern am Hochplateau von Lavarone (1333 M.), das, wie bereits berichtet, von unachbaren Schneemassen blockiert ist, fehlt auch bis heute noch jede Nachricht.

Trotz Köpenick. Es war am Dienstag Abend 15 Minuten vor 8 Uhr in der Martin Lutherstraße in Berlin, gegenüber dem Eispalast. Hunderte, mit Einlaßkarten versehen, wünschten Zutritt zu dem Saal, in dem Adolf Wagner über die Reichsfinanzreform sprechen sollte. Niemand wurde mehr eingelassen, da der Saal angeblich überfüllt war. Ein Polizeileutnant, verschiedene Wadmeister und Schutzleute drängten die ankommenden Massen zurück. Die Thür zum Hauseingang wurde fest abgeschlossen. Niemand durfte mehr hinein. Auch Professor Hans Delbrück und andere wissenschaftliche Koryphäen wurden zurückgewiesen. Doch halt — eine Ausnahme wurde gemacht. In Hauptmannsuniform erschien ein Witzbezieher; und siehe da, der Herr Hauptmann mit seiner Uniform spazierte in das überfüllte Versammlungskolal. Die Uniform fand also Eintritt, während Universitätsprofessoren wie Hans Delbrück zurückgewiesen wurden. . . .

Zum Untergang des Hamburger Walfisches „Margaretha“. Der gereizte Matrose Schmidt erzählte folgenden rührenden Vorkfall: . . . Es gelang 9 Mann von uns, ein Rettungsboot loszumachen; als es flott war, hielt Kapitän Wohlers uns ein Kind entgegen und sagte uns an, es mitzunehmen. Aber das Schiff war bereits im Sinken und unser Boot konnte wegen des Wasserstrudels nicht an das Schiff herankommen. In der Verzweiflung, daß wir alle mit in die Tiefe gesogen würden, riefen wir fort. Die „Margaretha“ sank innerhalb einer Viertelstunde. — Die bereits aufgefundenen Leichen des Kapitäns Wohlers und seiner Frau werden mit der Bahn nach Furg im Ditmarschen überführt, wo der Kapitän seinen Wohnsitz hatte. Die Leiche des Kindes ist noch nicht gefunden.

Der Mord in der Gejandtschaft von Chile. Nach einer aus Santiago de Chile eingetroffenen Depesche ist nunmehr die Untersuchung gegen den Deutschen Konsulatsbeamten Becker, der den Förstner ermordet hatte, abgeschlossen. Der Mörder wird des Diebstahls, der Brandstiftung und des Mordes angeklagt. Diese drei Bechrechen sind ihm bereits läutenlos nachgewiesen worden. In der öffentlichen Meinung besteht die Ueber-

zeugung, daß Becker zum Tode verurteilt und zwar durch Erschießen hingerichtet werden wird.

Ein deutscher Dampfer angehalten. Wie der „Times“ aus Singapur gemeldet wird, ist dort der deutsche Postdampfer „Prinzessin Alice“ 25 Stunden lang angehalten worden, weil er 470 Fund Opium an Bord führte. Der Kapitän widersprach der Maßregel, unter dem Hinweis darauf, daß die Postdampfer ähnliche Rechte genießen wie die Kriegsschiffe. Das Schiff wurde aber erst freigegeben, nachdem der Kapitän Bürgschaft gestellt und die Opiumladung den Behörden überantwortet hatte. Er hat den Kapitän eines anderen Postdampfers ersucht, die Freigabe der Ladung zu erwirken. Das Opium wurde in der Kammer des Oberbefehls gefunden; der Oberbefehl der „Prinzessin Alice“ erklärt, von dem Inhalt der Ladung nichts gewußt zu haben.

Die Bergungsarbeiten auf der Zeche Radob schreiten nur langsam fort. Nach längerer Beurlaubung ist es Dienstag Nachmittag gelungen, die vierte Leiche, die des Händlers Holterup, in völlig verbranntem Zustande zu bergen. Sie wurde in der Verbindungsstraße zwischen Schacht I und II gefunden.

Ein neuer Erdstöß in Messina brachte Dienstag Nachmittag gegen 4 Uhr viele Manerkrise und die Trümmer des Klosters auf dem Platz Spirito Santo vollends zum Einsturz. In dem Kloster hatten ein Ehepaar und eine alte Frau Zuflucht gesucht. Das Militär grub das Ehepaar als Leichen und die alte Frau schwer verwundet aus.

Ueber einen Ballonunfall im bayerischen Hochgebirge wird gemeldet: Aus Garmisch wird telegraphiert, daß dort gestern Nachmittag mit dem Fernrohr an einem Abhang des Wettersteingebirges ein in den Bäumen hängen gebliebener Ballon beobachtet wurde. Er soll ohne Grund gewesen sein, doch will man in den Neuen Menschen den Wettersteingebirge 1500 Meter hoch in einem schwachbewaldeten Abhang des Kainkopfes oberhalb Mittenwald gestrandete Ballon ist, der in Davos aufgestiegene Ballon „Cognac“, der die Alpen überfahren wollte. Er ist in einem Bestium geraten und gegen das Wettersteingebirge getrieben worden. Seine beiden Passanten, der Hieronant de Beaclair und Witteker v. Frankeberg, Präsident des deutschen Aero-Clubs, sind unverletzt.

Aus dem Leben eines Sherlock Holmes. Der amerikanisch-italienische Schriftsteller Joseph Petrofina, der, wie gemeldet, in Palermo durch die Hand von Reichsminister getötet ist, war ein Mensch von außerordentlich kräftigen Fähigkeiten. Nur auf dem Boden New-Yorks konnte ein Detektiv von seiner Kraft und Kühnheit waschen. Petrofina wurde in Amerika als der Sohn eines italienischen Auswandererpaars geboren und verlebte seine Jugend in jenen Kämpfern, um-

...wird doch unter allen Umständen über sein Wohlgeschick hin
wegkommen. Nun ja, die Mutter kommt freilich herbei auf das
Geschrei: Aber nicht nimmt sie das Kind beruhigend an die
Hand, sucht mit ihm nach der Ursache des Unfalls, erklärt ihm,
dass es so kommen musste, wagt es nicht die Zukunft vor diesem
Kleiner, ermuntert es, weil das nun einmal das einzige Richtige
und Erfolgreiche sei, nach einmal von vorn anzufangen, hilft
ihm auch ein bisschen, bis der Mut und der Eifer zur mög-
lichen Wiederholung wieder fast genug sind — nichts von
allem. Sondern aufgebracht über die Kasualität des
Kindes fällt sie scheltend über es her und droht ihm mit Prügel,
wenn es nicht sofort stille sei. Nun, sie kann lange drohen, bis
das Kind sich wirklich beruhigt haben wird. Zunächst macht sie
das Unheil durch ihr Tadelgespräch nur noch schlimmer.

Warum ist die Mutter so böse? Nun, sie findet, es sei
etwas Schönes um die „Selbstbeherrschung“ und sie wünscht in-
folgedessen, dass ihr Kind sich rasch lasse, seinen Jura unter-
drückt und veranlagt über sein Willkürherrschaft hinwegzukommen. So
weit, so gut. Aber nun kommt ein böser, böser Irrtum. Die
meisten Erzieher meinen nämlich, sie dürften wohl von dem
Kinde in jedem Falle Selbstbeherrschung fordern, aber nimmer-
mehr fällt es ihnen bei, dass sie selber doch zunächst einmal
„Selbstbeherrschung“ vormachen müssten. Sie geraten selber in
Wut — und verlangen, dass das Kind augenblicklich seine Wut
begähme; sie bestreiten selber in der Erregung auseinander und
fordern, dass das Kind sich „zusammennehmen“ bei einer be-
tragenden Enttäuschung; sie verlieren alle Selbstacht im starken
Affekt und verlangen sie doch vom Kinde als eine Selbstver-
ständlichkeit.

Aber das ist ja überhaupt ein Grundirrtum vieler Er-
zieher: Sie meinen Erziehung fange bei dem Objekt und nicht
beim Subjekt der Erziehung an, Erziehung meine immer den an-
deren und nicht sich selber. Solche Erzieher haben zwar seit
Jahrtausenden gepredigt, dass das Gehörnis aller Erziehung
an anderen die strenge Selbsterziehung sei; aber in der Praxis
ist da noch heutigen Tages ein sehr verwickeltes Verhältnis.
Man verachtet sich die selber hinter den unermesslichen und
unwiderstehlichen der „Autorität“, des „Anständigen Gebor-
dens“, hat man erst einmal bei sich selber gründlich ver-
ankert und bestet; man fordert lieber, statt das man vorlebt.
Ins Soziale übertragen, wird der Fall noch deutlicher: Wenn
ein Richter, der selber die Tugend der Geduld nicht zu
über braucht, von den armen Leuten verlangt, dass sie zusehen
und selbst genügend seien, so finden wir das lächerlich
und erbärmlich. Aber machens wir denn unseren Kindern
gegenüber besser? Wir fordern von ihren Tugenden, die wir
selber nicht besitzen oder die zu über uns zu beschwerlich ist.

S. M.

* Schon wieder: Der Magistrat und der „gute
Ton“. Jeder hat halt sein Stredenpferd, auf dem er gern her-
umreitet. Beim Breslauer Magistrat heißt dieses Stredenpferd
„Der gute Ton in allen Lebenslagen“. Auf ihm herumreitend,
achtet er streng wie ein herrlicher Schutzmantel darauf, dass die
Opfer unserer schlechten Schulbildung, die Arbeiter, trotzdem man
sie in der Volksschule knapp richtig deutsch sich auszubilden
lehrt, sich nicht „im Ton vergründen“. Für seine eigenen
Angehörigen gilt natürlich diese Strenge nicht, wie es ja bei
Freiwilligen überhaupt Mode ist, nichts so hoch zu halten als
wie den Grundtag: „Nicht! Euch nach meinen Worten, nicht
nach meinen Taten!“

Diesmal sind es die organisierten Barbiergehilfen
Breslaus, die nach Ansicht des Magistrats eine Todsünde wider
den heiligen Geist des guten Tones begangen haben sollen, und
man beehrt werden, dass beim Breslauer Magistrat nicht der
Inhalt eines Schreibens, sondern der „Ton“, in dem es ge-
halten ist, für seine Entscheidungen maßgebend ist.

Es handelt sich um folgenden Vorfall: Die Barbier-Ge-
hilfen hatten die Beobachtung gemacht, dass der Magistrat den
Barbier-Zimmern, sowie den gelben Barbierverräthern Schul-
lassen zur Abhaltung von Fachkursen überlässt. Da sie nun
ebenfalls dringend eines solchen Raumes bedürften, um einen
Fachkurs abhalten zu können, ersuchte der Verband den Ma-
gistrat, auch ihm ein leeres Schulzimmer für einige Stunden
im Monat zu überlassen. Anstatt dass nun der Magistrat
aufschuldig geantwortet hätte: „Wenn zwei daselbe tun, so ist
es nicht daselbe“, antwortet er offen erklärt: „Die Zimmern
und die Gelben stehen uns höher wie die Arbeiter, die wir
als Steuerzahler kennen“, pfeffert dieser Güter des guten
Tones den Büttenden folgende sprechende Antwort hin:

Auf die Eingabe vom 8. Januar 1909.
Ein Recht von Privatpersonen oder Vereinigungen
darauf, dass wir ihnen Schulräume für ihre Zwecke überlassen,
gibt es nicht.
Es ist lediglich ein Entgelt auskommen von uns,
wenn wir einer Vereinigung die Benutzung von Schulräumen
zu Unterrichtszwecken gestatten, und wir tun dies, voraus-
gesetzt, dass in schultechnischer Beziehung keine Bedenken be-
stehen, nur dann, wenn wir anerkennen müssen, dass ein Be-
dürfnis für solchen Unterricht besteht.
Selbst wenn wir über den ungleichen Ton
Ihrer Eingabe vom 8. Januar 1909 hinwegsehen, so haben
wir doch keinen Anlass, Ihnen gegenüber unseren ablehnenden
Standpunkt aufzugeben. Denn die Erörterungen haben er-
geben, dass sowohl von den hiesigen Zimmern Ihres Berufs,
zu deren gesetzlich bestimmten Aufgaben die Veranlassungen

seligen Quantitäten, wo sich die italienischen Emigranten an-
gesammelt haben; diese konnten nach Amerika, um als Straßen-
händler, Kanalarbeiter und wandernde Musikanten ihr Brot zu
verdienen. Retrosino war, bevor er in New York Land-
wurde, ein simpler Strasseneiniger. Der damalige Se-
retär des Senats Williams entdeckte ihn im Jahre 1882, und Re-
trosino trat auf seine Veranlassung in das Kongresshaus von
New York ein. 1895 wurde er an die Spitze der italienischen De-
legation ernannt, die in den „Hauptstädten“ lediglich den
Verbrecher nachführt, die von einwandernden Italienern ver-
übt werden. In dieser Eigenschaft führte Retrosino zahlreiche
negativste Reden auf; seine Hauptstärke bestand darin, die
Jungen, die aus Furcht vor der Rede der „Schwarzen Hand“
mit ihren Reden nicht recht bestanden, zur Auszüge
zu zwingen. Einer der berühmtesten Fälle, in denen der Chef
der New Yorker Detektivpolizei arbeitete, war die Razzia
Barrel, ein reicher New-Yorker Kaufmann, war von
unbekannter Hand ermordet worden, nachdem er den Tod
des „Schwarzen Hand“, die ihm zugehörte, keine Beachtung geschenkt
habe. Polizei und Publikum warteten lange über die Person
des Mörders im Dunkel, bis es Josef Retrosino gelang, den
Mörder in einem Angeln der „Schwarzen Hand“ zu erwis-
chen, das wegen seiner Größe den Schwärzen „der Eiser“ trug.
Der Mörder wurde verhaftet und hingerichtet, und seit jener
Zeit fand Retrosino auf der Lorenzstraße der Ramona von New
York. Retrosino hat oft mit den Verbrechern gemangelt. Sein
Gegensatz, seine Hände und sein Gesicht waren von Nar-
ben bedeckt. Er hat oft in Todesgefahr geschwebt, erholte sich
aber bei seiner Gegenwart von allen Strafen und Ver-
urteilungen frei. In dem letzten Jahre hat er mit eigener
Hand etwa vierhundert italienische Epigramme und Verächter
den Schwärzen überreicht. Es ist daher kein Wunder, dass die
„Schwarzen Hand“ so gefährliche Mann angesehen
gesehen hat. Es gab von Italienern viel gefährliche Ange-
hörige, auf denen er abgebildet war, und unter seinem Hülfe
hand mit großer Sicherheit. Diese Aufforderung ist
jetzt in Italien verurteilt worden. Die Mitglieder der „Schwar-
zen Hand“, deren Anwesenheit kein Leben gilt, haben ihren
erschütterten Feind getötet.

Die Ermordung Retrosinos ist die Polizei Palermo in
Süden. Es gab bereits zahlreiche Verdächtige

zur Förderung der geistlichen Ausbildung gehören, wie
auch von dem Damen-Verein und Berufsbildungsvereinen
Breslau in vollkommen ausreichendem Maße jedem Berufs-
gewissen Gelegenheit gegeben ist, Unterricht im Herren- und
Damen-Kristen zu erhalten.
Ein Bedürfnis zur Einrichtung weiterer Fachkurse besteht;
hiernach nicht.
gez: Trentin. gez: Dr. Wagner.

Den Magistrat scheint so etwas wie Idiosynkrasie zu über-
kommen, so oft er Verleumdungen, die „nur“ von Arbeitern
kommen. Seine Enttäuschung über den „ungleichen Ton“, die
wir nun zum Male zurückweisen müssen, wirkt auf die Dauer
ebenso tödlich, wie die fortwährenden Einwände eines Querul-
anten, der sich verfolgt glaubt. Merkt man das auf dem
Breslauer Rathaus gar nicht?

Aber auch sachlich ist der Magistrat auf falscher Fährte:
Für die Aufgaben der Innung gehört lediglich die Fürsorge
für die technische Ausbildung der Lehrlinge (§ 71a, § 3).
Allerdings sind sie beauftragt (es steht ihnen zu), Veranlassungen
zur technischen und stilklichen Ausbildung der Meister und Ge-
hilfen zu treffen. (§ 81 b, § 1.) Diese Befugnis dehnen sie
aber nur insoweit aus, dass sie Fortbildungskursen anstellen
helfen und präzisieren, und die Befugnis der Veranlassungen sol-
cher Vereinen tragen. Insbesondere geben aber die Breslauer
Schmiedegeräten-Innungen nicht allen Berufsgenossen Gelegenheit
zum fachlichen Fortbilden, sondern nur den Lehrlingen. Es will
auch nichts besagen, wenn die Innung den „meisterlichen“ Schäf-
chen 20 Mark für einen Fachkurs bewilligt hat. Denn nicht
alle Lehrlinge wollen einem Streikbrecher-Kursus an-
gehören. Mitin fällt dieser Einwand des Magistrats. Der
Magistrat kann wohl darüber entscheiden, vor er mit seinem
Entscheidungsmaßnahmen will, aber nicht darüber, ob ein Be-
dürfnis zur Einrichtung weiterer Fachkurse vorliegt; das wird
er schon den Gesellen selbst überlassen müssen.

Man weiß stets den Arbeitern, auch in der Breslauer
Stadtverordneten-Versammlung, den Vorwurf, dass sie die fach-
technische Weiterbildung vernachlässigen. Besonders aber stimmen
die Ritter des Japses und des Seitenhanges in dieses Geschrei
mit ein. Meistens die Gesellen aber Fachkurse ein, dann sucht
man ihnen die Verhältnisse abzuliegen und ihnen Hindernisse in
den Weg zu legen. Es werden allerdings durch solche Maß-
nahmen auch den indifferenten Arbeitern die Augen geöffnet
und die Breslauer organisierten Barbiergehilfen werden auch
weiterhin der Meinung sein, dass das Vergehen des Magistrats
ein ungeschicktes ist, und dass er mit zweierlei Maß misst.

* Die „neurotischen veranlagte Herrschaft“. Wegen
Misshandlung ihres Dienstmädchens hatten sich die
Cheleute Elisabeth und Franz Hoppe (der Mann ist In-
tendantenmeister). Dem Breslauer Schöffengericht zu verantwor-
ten. Ein 17-jähriges Mädchen war am 1. April d. J. bei den Leuten
in Stellung getreten und am 4. Dezember hatte es sich endlich zur
Aufgabe des Dienstes genötigt gesehen. Die Zwangszeit war für
das Mädchen vollendet. Man hat sich bemüht, von der angeblichen
Frau war sie fortgesetzt mit allerhand „Instrumenten“ aus Röhre
und Holz gequältes worden. Mehrere Spazierstöcke
des Mannes waren bei dieser Prozedur teilweise gelb ungen. Kam
der „gnädige Herr“ dann nach Hause, dann erzählte ihm die Frau
wie schwer es mit dem Mädchen „ärger“ miffe. Und „damit
die Gattin nicht vorzeitig ins Grab zu fuhren demütigt“, begann
dann der Mann seinerseits das arme Geschöpf in
barbarischer Weise zu prügeln! Das Mädchen stammt vom
Lande und war deshalb sehr schüchtern, woraus es sich erklärt,
dass es eine solche Behandlung so lange über sich ergehen ließ.
Nachdem es den Dienst verlassen, konsultierte ein Arzt an ihm, dass Mädchen
und Arme mit blutunterlaufenen Striemen be-
deckt waren. Ein Arm war zur Hälfte mit Blut unterlaufen!
Vor Gericht erschienen sich beide Angeklagten damit, dass
sie „neurotisch veranlagt“ und „von sehr leicht reizbarer Natur“
seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie je 150 Mark Geld-
strafe. Das Gericht zog in Verlesung, dass die Eheleute durch
ein anderweitiges Gerichtsurteil bereits zur Zahlung von 300
Mark Schmerzensgeld an das Mädchen verurteilt worden
sind. Es verhängte deshalb gegen die „gnädige Frau“ nur
30 Mark und gegen den nicht minder „gnädigen Herrn“ gar nur
20 Mark Geldstrafe!

Die Dienstmädchen müssen sich eben anderweitig Schutz suchen,
denn bei Breslauer Gerichten finden sie ihn nicht. Aber im Verein
der Dienstmädchen und Hausangestellten sind sie ihn!

* Und noch einmal Pinus Sübner! Herr Pinus
Sübner, der bekanntlich seit einiger Zeit vor dem Generals-
gericht unangenehme Erfahrungen machen muß, kürzt sich in
gelegende und materielle Unkosten: Er wendet 25 Pf. an
und fendet einen gutgeschriebenen Entschreibbrief, der lächer-
liche Erörterungen gegen unser Recht enthält. Damit Herr Pinus
Sübner und — andere nun sehen, wie wenig solche
Bureaukratie imponieren und von der Beizelung Sübnercher
Regimen abhelfen, legen wir den Wortlaut des Pinus Süb-
nerischen Drohbriefes hierher. Herr Sübner schreibt:

Breslau, den 16. März 1909.
An die Volkswacht
Herr.

Ihre beiden Artikel: Wieder einmal Pinus Sübner im
Blatt vom 27. Februar 1909 Nr. 49 und Januar wieder
einmal Pinus Sübner vom 16. März 1909 Nr. 63 sind mir

verhaftet worden. Einem Telegramm aus Rom zufolge be-
richtet sich unter den Festgenommenen ein fünfundsiebenzig-
jähriger Mann namens Palazzotto, der ein Anhänger der Mafia
ist, und der mit demselben Dampfer wie Retrosino von New
York nach Palermo reiste. Man glaubt, dass er an dem Ver-
brechen beteiligt ist.

Ein Königschicksal. Die „Frankf. Zig.“ erzählt fol-
gende Episode eines getönten Hauptes: „Von dem Lebenden
in Frankfurt wird sich wohl keiner mehr des Obersten Gustaf-
son erinnern können, aber in der vorigen Generation gab es
noch jemanden, der von dem hochgewachsenen Manne mit seiner
hellblauen hohen blauen Ludwigsmütze und seiner Röhre mit dem
ausfallenden großen Schilde zu erzählen wußte. Die große Schild-
mütze mit dem Reichthum trug der Oberst nicht ohne Absicht;
denn hierdurch wurden die alljährliche Reize und die aufgewor-
lenen Hüften vortheilhaft behaltet. Ganz Frankfurt wußte, daß
der Oberst Gustafson niemand anderes war, als der am 13.
März 1809, also vor hundert Jahren, entthronte Kaiser IV. von
Schweden, aber man achtete sein Julogitio und hütete sich, den
schönsten und höchsten Mann zu nennen, wenn er seinen Spa-
ziergang durch die päpstlichen Promenaden machte und dem Tre-
iben der Hofgesellschaft am Redneigarten zusahnte oder sie füt-
tete. ... Die Wahrheit des von Napoleon geprägten und von
Goethe approbierten Wortes, daß in unserer Zeit die Politik
das Schicksal sei, hat sich an Gustaf IV. von Schweden durch-
aus bewährt. Dieser Monarch, der die Geschichte seines Landes
in ungewöhnlicher Weise lenkte, hielt mit kühnster Hartnäckigkeit
an dem Haffe gegen Napoleon fest, den er bei dem Herzog von
Cagliari begangenen Mord nie vergieß. Den Schwärzen Ab-
erben, sowie den russischen Andreassenden sanfte Gustaf zurück,
als er erfuhr, daß der kaiserliche Imperator diese Auszeichnungen
erhalten, ohne zu bedenken, daß er damit auch die verheerenden
Consequenzen beilegte. Selbst den durch den Frieden von Tilsit
geschlossenen Aufstanden trug er keine Rechnung, und als Schwei-
den von seinem Bündnis mit England nicht lassen wollte, kam
es zwischen England und Schweden zum Kriege, dessen unglück-
licher Ausgang Schweden bekanntlich zur Abtretung Finnlands
zwang. Eine schwedische Revolle nötigte den kaiserlichen Don
Dimitri sich mit seine Anwesenheit dem Throne
zu entziehen und ins Exil zu ziehen. Dort trennte er sich
von seiner Familie, die durch ihn schon so viel verloren, und

zur Kenntnis gekommen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam
machen, dass jeder Artikel seine Abrechnung finden wird, wir haben
Vollst. die selbst einen Redaktor einer Volks-
macht belehren können, jedenfalls werde ich auch die Zeitung
für etwa mir durch die erkrankten Artikel entstehenden Sch-
denersanspruch haubar machen.

Krautig genug ist es und kann gar nicht genug gebrand-
markt werden, wenn eine Zeitung ein Kaufmann gegenüber
sich so stellt und offen bekundet, dass sie das größte vernünftige
Interesse daran habe, auf ungeprüfte, von Menschen der
größten Charakterlosigkeit, erlaubende falsche Beschuldigungen
herabzuwürdigen und in seiner Eigenschaft zu schädigen, das soll
und wird nicht unbezahlt bleiben.
Hochachtungsvoll
Pinus Sübner.

Wir warten also auf die Bezahlung.
* Weil er die „Volkswacht“ als „schwarzen Mann“
mißbraucht hatte, ist vom Schöffengericht ein Winkelschloß und
sein Opfer zu Gefängnis verurteilt worden. Wir lesen darüber in
der „Schl. Zig.“:

Am 16. d. M. stand der landwirtschaftliche Arbeiter Karl
Stolpe aus Kellau, Kr. Pommerh., und der Kognizient
Hermann Thon von Her wegen Mißgun vor dem Schöff-
engericht. Stolpe hatte im September v. J. seine Dienststelle öffentlich
und ohne genügenden Grund verlassen und erhielt deshalb eine
polizeiliche Strafverurteilung des Amtsvorstehers in Höhe von
100 Mark zugewiesen. Stolpe wandte sich nun, als ihm die Voll-
streckung der rechtskräftig gewordenen Strafe angekündigt wurde, an
den Amtsrichter Thon in Kellau mit dem Ansuchen, ein Schrift-
stück an den Amtsvorsteher zu verfassen, durch welches sich dieser
während der Rechtskräftigkeit des Strafbeschlusses veranlaßt sehen sollte.
Thon beschränkte das Arbeiterssekretariat (s. oben) und der arme
Teufel nicht gewagt zu haben. (Red. d. „Z.“) Der „Rechtshändige“
brachte in dem Schreiben zunächst zum Ausdruck, daß die ganze
Sache dem sozialdemokratischen Arbeiterssekretariat zur
Erledigung überwiesen und auch der Redaktion der
„Volkswacht“ unterbreitet werden solle und daß es in Breslau
auch Hilfe gebe! Dieses Schreiben hatte Stolpe von dem Kogni-
zienten gegen ein Honorar von 125 Mark in Empfang genommen
und sandte es nach Hingung seiner Namensunterschrift an den
Amtsvorsteher ab. Statt der ersehnten Aufhebung des Straf-
beschlusses erhielt aber Stolpe von Thon je eine Anklageschrift wegen
Mißgun. In der Verhandlung behauptete der Abgesetzte schon häufig
vorbestrafte Kognizient, daß der Amtsvorsteher zum Erlaß einer
Strafverurteilung gegen Stolpe nicht berechtigt gewesen sei, weil die
schlechte Behandlung des Arbeiters in seiner Dienststellung ihn zum
pöblichen Verlassen des Dienstes berechtigt hätte. Auf diese völlig
unzutreffende Einwendung kam es aber gar nicht an; das Gericht
nahm vielmehr an, daß der Amtsvorsteher durch die bereits ange-
führten Drohungen zur Aufhebung seiner Strafverurteilung hatte
genötigt werden sollen, und es verurteilte Stolpe zu zwei Tagen
und seinen Dekater, den Kognizienten Thon, zu einem Monat
Gefängnis.

* Tod eines Stadtverordneten. Der frühere Schulvor-
steher Wilhelm Weisenberg, als Stadtverordneter Mit-
glied der freien Vereinigung der rechtsstehenden Parteien, ist am
17. März verstorben. Weisenberg wirkte früher in der Stadtverord-
neter-Versammlung als Führer der Hausbesitzerpartei. Im letzten
Jahre ergab ihm seine Krankheit von stärkerem Hervortreten zurück-
gehalten haben. Sein anerkanntes Amt aber führte er bis in die
letzten Sitzungen vor seinem Tode gewissenhaft aus. Er galt im
übrigen als ein sehr frommer Mann.

* Bistlicher Tod. Als Sonntag Abend nach 8 Uhr Be-
sucher eines Vergnügungstheaters in Gräbchen nach Hause gehen
 wollten, fanden sie auf der Straße die Hofst. u. 33 de einen Mann
 fast leblos vor. Von Passanten in die Rutschstraße getragen und
 dort niedergelegt, verlebte derselbe nach etwa 10 Minuten. Ein in-
zwischen herbeigeholter Arzt konnte nur den eingetretenen Tod konstatieren.
In seinen Taschen fanden sich 40 Pf. und Baviere auf den Namen
des Arbeiters August W. n. t. h. r. aus dem Trebnitzer Kreis vor.
Außerdem fand man noch einen Brief mit der Adresse an den Cario-
miger Gem indevorstand. Ob der Verstorbenen einem Unfall zum
Opfer gefallen ist, oder einen natürlichen Tod erlitten hat, wird die
Untersuchung ergeben.

* Gefandenes. In der Zeit vom 28. Februar bis 6. März
1909 sind in den städtischen Amtshellen, Verlehrsanstalten u. folgende
Gegenstände gefunden: ein Paar Schlüsselschlüssel, ein Portemonnaie mit
2) Pf., ein schwarzer Handschuh, ein Schulatlas, ein Handtäschchen,
ein schwarzes Tuch, ein Herrenschirm, ein Opernglas im Etui,
ein Spazierstock, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Brosche,
eine schwarze Damenmütze, ein Binneneis, ein Ueberzieher, ein Herren-
umhang, eine Pelzboa, zwei Paar Schuhe, zwei Handtäschchen, ein
Spazierstock, eine Perlebede, verschiedene Papiere und mehrere
Schlüssel. — Zugelassen ist ein Forterrier bei Kufubst, Am
Weidenbamm 22/23.

* Wegen Brandstiftung wurde der 61 Jahre alte Schuh-
macher und Gerbereiarbeiter August Scholz aus Neumarkt
vom Breslauer Schwurgericht zu einem Jahr sechs Monaten
Gefängnis verurteilt. Scholz ist dem Tode ergeben und lebte
mit seiner Frau in Unfrieden, weshalb er mehrfach außerhalb seiner
Wohnung nächtigte. Am 24. Februar verbrachte er eine Nacht im
Erdgebäude des Landwirts Gottschalk und dabei steckte er dieses in-
folge eines unvorsichtigen Einfalls in seiner Trunkenheit in Brand.

sich sich von seiner Gattin scheiden. Einen Versuch, den schwe-
dischen Thron zurückzugewinnen, hat Oberst Gustafson nie ge-
macht, nur für seinen Sohn hat er — freilich vergebens — bei
dem Wiener Kongress Schritte in dieser Richtung unternommen.
Die schwedische Abfindungssumme von etwa 70.000 Talern jähr-
lich hat der betrieblene Monarch mit Entschiedenheit zurückge-
wiesen und seinen Lebensunterhalt von der kleinen Summe be-
stritten, die er zufällig mit ins Exil genommen. Dieser Um-
stand nötigte ihn zur knappen Lebenshaltung und war die-
selbst ein Hauptgrund, daß er so oft die Städte wechselte, in
denen er verweilte. Ueber seine Wanderungen ist sogar ein klei-
nes Buch geschrieben worden. Zuletzt wohnte er in der Schweiz, die
ihn schon 1818 als Bürger aufgenommen hatte, und der stolze Mon-
arch, der sich auch mit philosophischen Problemen beschäftigte,
sah zuletzt in der Republik den erlebten Zustandsort. Das
Leben des umherirrenden Königs, das sich so tragisch gestaltet
hatte, nahm in St. Gallen im Gasthaus „zum weißen Röß“
einen etwas komischen Verlauf. Oberst Gustafson fand nämlich
die Preise in diesem Gasthaus überaus niedrig, und der welt-
fremde Mann hatte keine Ahnung, daß ihn seine Familie, und
hauptsächlich seine Tochter, die Großherzogin Baden, in die-
seiner Weise unterstützte. Oberst Gustafson las sehr viel und
mit Vorliebe Zeitungen und Bücher, die von dem Lebenden
Napoleons auf St. Helena handelten, und das Schicksal seines
Feindes mag ihm wohl ein gewisser Trost gewesen sein. Auch
die Kunst liebte der Oberst, und wenn der große Saal im
„weißen Röß“ leer war, setzte er sich ans Klavier und spielte
kurze Klavierstücke, deren melancholische Klangwirkung unentfer-
nbar war. Noch mehr als der Kunst war er dem Tanz ergeben,
und wenn er Neigung hierzu hatte, rief er die beiden Töchter
des Birtes herbei, und während die eine aufspielte, waltete er
mit der anderen durch den Saal, bis dem fast Sechzigjährigen
der Atem ausging. Vielleicht war Oberst Gustafson zu dieser
Zeit glücklicher, als da er noch auf Schwedens Thron saß, aber
auch die Schweden und besonders die an Rußland abgetretenen
Grenzländer würden sicher glücklicher gewesen sein, wenn Gustaf
der Birtes immer in der Schweiz mit den Birtschwestern getanz
hätte ...

Zum Gedächtnis der Revolution von 1848
In für Sonntag Abend 6 Uhr eine Volksversammlung für Männer und Frauen geplant. Genosse Rebalter R. Schiller wird über die Revolution und über revolutionäre Aktionen referieren. Wir bitten, für recht guten Besuch dieser Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfindet, Sorge zu tragen.

Das Breslauer Gewerbegericht im Jahre 1898.

Die Zahl der anhängig gemachten Streitigkeiten blieb dieselbe, wie im Vorjahr, 1554 gegen 1553. Von 1554 Sachen wurden erledigt: durch Zurücknahme 140, ohne Entscheidung 226, durch Vergleich 680, ohne Kenntnisurteil 17, Verkündungstest 228, durch Entscheidung 188 (Vorjahr 238). Unerledigt blieben 75. Von den im Jahre 1898 verhandelten 1361 Klagen wurden erledigt 638 in 31 Vorterminsitzungen und 723 in 55 Sitzungen mit Beisitzern. Verhandlungs-Termine haben überhaupt stattgefunden 2304 (im Vorjahr 2061), davon 1241 Vor-Termine und 1063 Voll-Termine. Von den anhängig gewordenen Streitigkeiten sind 196 durch kontraktatorisches End-Urteil erledigt worden. Arbeiter waren davon Kläger in 187 Fällen, Arbeitgeber waren Kläger in 9 Fällen. Von allen 1554 Streitigkeiten waren 38 berufsungs-fähig. Zwischen dem Eingang der Klage und dem ersten Verhandlungstermin lagen: weniger als 9 Tage in 125 Streitigkeiten, 9 Tage bis 1 Woche 871, 1 bis 2 Wochen 325, mehr als 2 Wochen 12. Verhandlungstermine erforderten 1 Termin bei 722 Sachen, 2 Termine 460, 3 Termine 108, 4 Termine 32, mehr als 4 Termine 11. Die Dauer der Streitigkeit vom Eingang der Klage bis zur Erledigung betrug weniger als 1 Woche in 528 Sachen, bis 6 Monate dauerten 4 Klagen, 3 Monate und länger eine Sache. Das Hauptkontingent der Klagen stellen wie im Vorjahre das Baugewerbe mit 120, das Gastwirts-gewerbe mit 178, das Handelsgewerbe mit 147, das Schneidergewerbe mit 201 und das Tischlergewerbe mit 116 Klagen.

Das Einigungsamt ist im Berichtsjahre sechs Mal an-gesprochen worden und zwar fünf Mal von Arbeitnehmern und einmal von Arbeitgebern und zwei Mal von beiden Parteien. In den meisten Fällen hat sich um Schaffung besserer Arbeitsverträge, insbesondere um Lohn-erhöhungen, in drei Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen. Der Ausschuss für das Gewerbegericht hat im Berichtsjahre zwei Sitzungen abgehalten, worüber wir bereits berichtet haben. Die Kosten für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht betragen insgesamt 32.920 Mk.

Zur Hochwassergefahr.

Bei Kattowitz ist die Oder um 1,68, auf 3,29 Meter Höhe, bei Troschen auf 1,98 Meter gestiegen, in Ratibor um einige Zentimeter gesunken. In Breslau (Oberpegel) wurden gemessen heute früh 5,34 Meter. Der nicht unbedeutende Frost der letzten Nacht (5 Grad Celsius) hat die Situation auf der Oder insofern etwas ungünstiger gestaltet, als durch den Frost die allmähliche Anfröhung des Eises, die durch das Lawenwasser des gestrigen Tages begünstigt war, wieder aufgehalten worden ist. Der Schmelz der Umschwelung ist gestern Mittag um 12 Uhr mit 4,33 Meter bei Meißenermündung vorübergegangen. Wieg ist nach der Meldung von heute Morgen eisfrei. Die jogenannte Tschiner Eisverriegelung, deren oberes Ende 2 Kilometer oberhalb Kattowitz beginnt, hat, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, der Eisgang nicht zu durchbrechen vermocht, sondern die herab-schimmenden Eismassen haben sich an der Verriegelung aufge-staut. Obwohl das Wasser bereits durch die Verriegelung durch-zudringen beginnt, ist diese selbst unverändert geblieben. Auch aus Troschen wird gemeldet, daß der Eisstand in der Troschener Streda unverändert ist. Die Eisbrecher, welche am Montag im unteren Ende des Wasserbaugewerks Kattowitz mit dem Aufbrechen des Eises begonnen haben, sind gestern bei Schwedt in der Neigitz bis zum Wehr und auf der Ober bis Niedersaaten vorgekommen.

Nationalliberale Bauwauß. Nachdem die Breslauer Nationalliberalen sich lange den Kopf zerbrochen über die Frage: „Wie werde ich energisch?“ sind sie jetzt zu einem Resultat gekommen. Den ersten Ausbruch der neu erwachenden Energie formte man zu einer Resolution, die, universitätsprofessorisch zurechtgestellt, nach links und rechts und geradeaus wohl abgemessen, vom Vorstand des National-liberalen Vereins „gefaßt“ wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Die Mittel, die der Reichshaushalt nötig hat, müssen bewilligt werden, und zwar schnell. Es ist lange genug darüber geredet. Die Wiederholung gibt den Argumenten kein größeres Gewicht.
2. Neben den indirekten Steuern sind auch direkte anzuführen.
3. Unter den Formen der Besitzsteuer ist die von der Regierung vorgeschlagene Nachlasssteuer oder eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Gatten und Kinder dem Kompromiß-vorschlage entschieden vorzuziehen.
4. Es ist unrichtig, daß sich bei der Nachlass- oder Erbschaftsteuer die Parteien nicht vermeiden ließen, welche die Gegner vorschlugen, um diese Steuern zu bekämpfen.

Wenn ob solcher Donnerworte die Konservativen nicht zu Kreuze kriechen, dann ist Hopfen und Malz an ihnen verloren!

Die Polizei-Übergriffe bei der Beerdigung des Arbeiters Kowal haben unter den Bewohnern des Oberortes eine große Erbitterung hervorgerufen. Selbst Leute, die unserer Partei fernstehen, sind empört darüber, daß die Polizei ohne jeden Grund ein friedlich stilles Leichenbegängnis so pietätlos stören und die rote Fahne mit nichts da-nicht wegreihen konnte. Allgemein wird verlangt, daß diese Vorkommnisse einmal in aller Öffentlichkeit klargestellt werden. Zu diesem Zwecke wird Dienstag, den 23. März, Abends 8 Uhr im „Bergkeller“ eine öffentliche Volksversammlung veranstaltet, in welcher die Stadverordneten Neukirch und Albert referieren werden. Die Genossen vor dem Obertor werden gebeten, für diese Versammlung recht viele Interessente einzuladen.

In Wiesbaden ja, in Breslau nein! Aus Wiesbaden wird den hiesigen telegraphisch: Dem Vor-sitzenden der hiesigen freireligiösen Gemeinde ist vom Polizei-präsidenten die Mitteilung zugegangen, daß dem Verein die Genehmigung zur Annahme der Schlesischen Erbschaft erteilt worden ist. Die Zu-wendung soll, nach Mitteilungen des Vorstandes, angeblich dem Wert von ca. 150.000 Mk. entsprechen.

Achtung, Leseger! Sonabend, den 20. März, Abends 7 1/2 Uhr: Generalversammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses. Zur Debatte steht die Beitragserhöhung. Im Inter-esse der Versammlung wird der Kahlabend des Verbandes und der Hamburger Krantien offe nach dem Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, verlegt. Die Auszahlungen erfolgen von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr.

Stadt-Theater. Gute Donnerstag wird Violinist Tomische Oper „Die weiße Dame“ zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung gebracht. Freitag findet „Elektra“ statt. (Anfang 8 Uhr.) Sonabend wird „Kobenzin“ wiederholt. Für Sonntag wird Florenz Tomische Oper „Alessandro

Stradella“ und dazu Suppe Operette „Die schöne Galathee“ vorbereitet. Nachmittags geht in kleinen Theatern Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ in Szene. Die Direktion hat Herr Hart Hauptmanns neueste Schöpfung „Griseida“ zur Aufführung erworben.

Im Lobe Theater wird heute Donnerstag „Der fidele Bauer“ zur Aufführung gebracht. Freitag geht Karl Schönherr's „Erde“ in Szene. Sonabend findet die erste Aufführung von Richard Gorters ausgelassenem Schwan „Eine un-moralische Ehe“ statt. Den Abend eröffnet das große französische Lustspiel „Der kleine König“ von Kautz und Guerin. Der Autor der „Immoralischen Ehe“, der zur Zeit Regisseur am Breslauer Schauspielhaus ist, wird der Auf-führung seines Werkes beiwohnen. Sonntag wird „Der kleine König“ und „Eine unmoralische Ehe“ zum ersten Male wiederholt.

Thalia Theater. Eyslers neue Operette „Das Glück schreien“ gelangt Sonntag zum ersten Male im Thalia-Theater zur Aufführung.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Als 8. Vor-stellung für Gruppe K wird heute Donnerstag „Doktor Klaus“ gegeben.

Breslauer Schauspielhaus. „Hüb oder Mädel“ geht heute zum 7. Male in Szene. Freitag wird „Die Frierer-Christel“ zum 48. Male gegeben. Sonabend und Sonntag Abend findet eine Wiederholung der Novität „Hüb oder Mädel“ statt. Sonntag Nachmittags bei ermäßigten Preisen „Gretchen“.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Ge-schlechtskrankheiten schreibt uns: Frau Meißel-Deh, welche Montag, den 22. und Montag, den 29. März in der Neuen Börse zwei Vorträge über die „Sexualordnung der Kulturwelt“ halten wird, heißt zu den anerkanntesten und angesehensten Schriftstellerinnen der Neuzeit. Ihre Romane, Novellen und Essays („In der modernen Weltanschauung“, „Fanny Roth, eine Jung-Frauen-Geschichte“, „Eubens' Seelen“, „Die Stimme“ und andere) haben überall großen Erfolg gefunden. Es ist daher zu erwarten, daß die Ausführungen dieser Verleserinnen das lebhafteste Interesse der Anwesenden erwecken können. Beide Vorträge sind öffentlich, der Zutritt für jedermann frei.

Aus dem Kunstgewerbemuseum. Am Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr, wird Herr Franz Seck, Professor an der königlichen Kunstgewerbeschule in Berlin, einen Vortrag über die Grabmalerei der Gegenwart (mit Lichtbildern) halten. Die Aus-stellung der deutschen Gartenbau-Gesellschaft im zweiten Stockwerk wird am Sonntag, den 21. März, geschlossen. Im Parkhofe ist eine reichhaltige Ausstellung der Neuerwerbungen des Museums aus dem am 31. März zu Ende gehenden 10. Etatsjahre eröffnet worden.

Besuch der Fortbildungsschule. Der Polizeipräsident weiß die Gewerbe-Unternehmer darauf hin, daß sie verpflichtet sind, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, welche eine Fortbildungs-Schule besuchen, hierzu die erforderliche Zeit ohne besondere Aufforde-rung der Behörde zu gewähren.

Auf dem Hauptbahnhofe verunglückte am Dienstag Nachmittags 4 Uhr der jugendliche Bahnarbeiter Meßmann. Er wurde vom Zuge überfahren und getötet.

Reichs-Einstellungsamt. Seit Donnerstag den 18. März beginnt der Verkauf an der am Sonntag den 21. cr. stattfindenden Nachmittags-Vorstellung.

Gefunden wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, zwei goldene Trauringe, eine goldene Brosche, ein goldenes Vincenz, eine silberne Herrenuhr, eine Nadelbrille, zwei Paare Silberborte, ein Perl-näschchen, ein Schnellrasiermesser, eine Kiste mit leeren Flaschen, mehrere Schlüssel und verschiedene Papiere. — Ruagelassen sind: je ein Fortierier bei Wagner, Ring 55 und bei Schüttemper, Schillerstraße 8; ein Fedel bei Kleiner, Fähr-straße 24 und ein Renfandländer bei Köhler, Bohrauer Straße 58, ein Portemonnaie mit 5,25 Mk., eine silberne Damenuhr Nr. 134, eine Schildpattorganelle mit schwarzer Horn etle und Kapsel, ein silberner Ring mit Toienopf, ein Damenschirm, ein Herrenschirm, ein schwarzes Täschchen mit ein-m Hund Schlüssel, drei Portemonnaies mit 4,08 Mk., 6 Mk. und 38,50 Mk., eine Nadelbrille im Futteral, eine goldene Damenuhr im Lederarmband, eine silberne Damenuhr, ein goldener Trauring, eingraviert C. B. 28. 4. 96, ein schwarzer Pelztragen, ein graues Herrenjackett mit einem Metallknopf für Theodor Kochmann, eine Markttasche, ein Glasrohr mit Messing-hahn, ein Schlüssel, ein Handtäschchen für Witted.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Die Mobilisation.

Wien, 18. März. (S. T. B.) Die Mobilisierungen sind im besten Gange. Es werden Reservisten in Bos-nien und Nieder-Oesterreich, vor allem in Wien, ein-berufen. Von der Wiener Elektrischen Straßenbahn sind bisher 3000 Mann einberufen. Gestern wurden zahl-reiche inaktive Offiziere vorgeladen und aufgefodert, sich reaktivieren zu lassen.

Altona, 18. März. (S. T. B.) Die in hiesigen Fabriken beschäftigten österreichischen Arbeiter sind telegraphisch ein-berufen worden.

Frankfurt, 18. März. (S. T. B.) Alle hier anhängigen Oesterreicher und Ungarn haben telegraphische Ein-berufung erhalten und sind bereits gestern Nachmittag abgereist.

Sofia, 18. März. (S. T. B.) Aus amtlicher Quelle trifft hier aus Cetinje die Meldung ein, daß die montenegrinischen Truppen und die Miliz mobil machen und sich an der österreichischen Grenze zusammenziehen.

Zepitz, 18. März. (S. T. B.) Diese Tschechen geben un-umwunden ihrer Sympathie für Serbien Ausdruck. Tschechische Studenten sind nach Belgrad abgereist, um für Serbien gegen Oesterreich zu kämpfen.

Berlin, 18. März. (S. T. B.) Wie das „Tageblatt“ aus Wien erfährt, wird heute die allerhöchste Entscheidung vom 15. März publiziert werden, womit die Truppen in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien auf den Kriegszug gebracht werden. Die Einberufungen begannen schon gestern. Bis Sonntag früh werden die Mannschaften an Ort und Stelle sein. Die Einberufung der Reservisten umfaßt fünf bis sieben Jahrgänge, da die Truppenzahl in den genannten Landesteilen von 120.000 auf 250.000 Mann ge-bracht werden soll.

Wien, 18. März. (S. T. B.) In alle Wehrpflichtigen in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien sind Einberufungsbefehle ergangen. In arabischen Städten, wo die Justizlangsam der-erfolgt, hat sich bereits eine Anzahl Reservisten gemeldet. Die Kriegs-verwaltung bestellte für heute bei den Südbahnen fünf Trans-portszüge nach Bosnien.

Wien, 18. März. (S. T. B.) Die englische Antwort wurde erst gestern hier überreicht. Wie verlautet, ist ein gemein-samer Schritt der Mächte in Belgrad nicht mehr zu erwarten. — Der Tag der Abendung der neuen öster-reichischen Note ist noch nicht bestimmt. Sie wird keinesfalls eine bestimmte Frist für die Beantwortung Serbiens enthalten.

Belgrad, 11. März. (S. T. B.) Die erste Sendung des viel erwiderten Kriegsmaterials kam gestern hier an. Die an-

ber sollen innerhalb drei Tagen mit Postkutschen folgen. Die ins Ausland gegangenen Nachrichten über einen Angriff des Rußlands in Belgrad, wie über das Einrücken russischer Frei-williger sind absolut unzuverlässig. Die Stimmung ist hier un-verändert ruhig.

Vorspiele zum Massenmord.

Bern, 11. März. (S. T. B.) Im Spiefesaal einer hie-sigen Pension hat in'sge eines heiligen Wortescheitels der öster-reichische Militärschriftsteller Oberleutnant Baczinet einen anderen August Müller aus London durch einen Revol-verschuß ins Herz getödtet. Der Streit war dadurch entstanden, daß Müller glaubte, Baczinet stiere seine Frau und auf ihn zusprach mit den Worten: „Steht ein beutischer Lump!“ Der Täter, stellte sich selbst der Po-lizei.

Am Grabe der Märzgefallenen.

Berlin, 19. März. Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshagen war auch heute das Ziel vieler buntrer Arbeiter. Schon um sieben Uhr früh war eine Anzahl Depu-tationen aus dem Friedhofe erschienen, die im Auf-trage der Arbeiter von Fabriken prachtvolle Kränze auf den Gräbern der Freiheitskämpfer niederlegten. Bereits in den ersten Vormittagsstunden war der Abrama auf dem Friedhofe sehr stark. Die Polizei hatte alle Vorkehrungen getroffen. In der Vondberger Allee hatte man im leertehenden 1. Stockwerk eine fliegende Kollegeinwache eingerichtet. Von hier aus wurden die Vollzeimannschaften vertheilt. Die Tätigkeit der Beamten bestand aber nur darin, für einen gerechten Verkehr zu sorgen. Am Ein-gange des Friedhofes stand ein Polizeihauptmann, der als Kenfor-tig war und verdächtige Schreien mit einer Schere abschmitt. Bei den zahlreichen Kranzpenden waren u. a. beiläufig die Re-daktion und Buchhandlung des „Vorwärts“, der Verband der Arbeitereine Groß-Berliner, die Verbände der Trans-portarbeiter, Metallarbeiter, die Partei- und Gewerkschafts-schüler usw. Auch die Dirsch Dunderschen Gewerksvereine hatten Kränze gebracht. Die Anarchisten hatten ihre Kränze wieder mit schwarzen Schreien versehen.

Dortmund, 18. März. (S. T. B.) In Kassel und Um-gegend wurden gestern mehrere heftige Erdberschütterungen wahr-genommen. Dieselben sind auf den Zusammenbruch unterirdischer durch den Bergbau entstandener Höhlenräume zurückzuführen.

Prag, 18. März. (S. T. B.) In einem hiesigen Hotel hat gestern Nachmittags der Kaufmann Bernhard Steinberg aus Kattowitz die Schauspielerinnen Bettina Brechm vom Lepfner Stadttheater durch einen Revolver-schuß schwer verletzt und sich selbst durch einen Schuß entleert.

Paris 18. März. (S. T. B.) Die radikalen Depu-tierten der Stadt Paris und der Vororte beschloßen, die An-führer der Polizeibeamten zu verhaften, sobald diese den Dienst wieder aufnehmen.

Antwerpen, 18. März. (S. T. B.) Im Rathaus wurden in der Abteilung für öffentliche Arbeiten Unter-schleife ent-deckt. Bis jetzt sind 8 Beamte bloßgestellt. Der Staatsanwalt hat die Untersuchung eingeleitet, die einen größeren Umfang annimmt.

New York, 18. März. (S. T. B.) Der von Preston kom-mende Eisenbahnzug rannte in das Wartezimmer des Bahnhofs Montreal. Drei Personen wurden getödtet, 20 verletzt, mehrere tödtlich.

Briefkasten.

Sprachstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

A. S., Waldenburg. Der 6. September 1890 war ein Sonntag.

A. Th. Andere Personen als Rechtsanwälte können nach § 188 der Strafprozessordnung nur mit Genehmigung des Gerichts zur Verteidigung von Angeklagten zugelassen werden.

G. W., Schützenwiese. 1. Die Firma kann Sie verklagen. 2. Ja. 3. Sie können nicht gezwungen werden, die Gründe für den Austritt aus der Landbesitzung anzugeben.

W. S. 1. Die Wohnung muß am Abend des 1. April ge-räumt sein. 2. Sie können nur verlangen, daß der Mieter, in dessen Wohnung Sie ziehen, auch an diesem Tage die Wohnung verläßt.

A. S. 200. Sie haben das Recht, am 1. April zu kündigen und am 1. Mai anzuziehen.

P. R., Wieseritz. Es ist eine Kottette wie die andere. Ver-halten Sie das Geld und lassen Sie das Spiel.

M. Eine aus zwei Zimmern und Badebad bestehende Woh-nung muß in Breslau am ersten des Monats Abends ge-räumt sein.

A. S. 30. 1. Die Einkommen bis 420 Mark jährlich können auch zur Gemeindesteuern herangezogen werden. 2. Der wirtlich-Verdienst. 3. Die Vermögenssteuer beginnt bei 6000 Mark. 4. Dr. W. G. Strichberg. 49c I bedeutet heilbare oder besserungs-fähige Krankheiten.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 19. März:
Gesellen-Ausschüsse. Vortrag des Genossen Neukirch über die Innungen und die Fortbildungsschulen in Breslau.
Sonabend, den 20. März:
Lithographen und Steindrucker. Winter-Vergnügen im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volksmacht-Agitation.
Sonntag, den 21. d. M., Morgens 8 Uhr findet eine Agitation für die „Volksmacht“ von dem Volke des Genossen Pfeifer, Pecherstraße 62 statt. Alle Genossen, die für diese wichtige Arbeit noch eine Stunde Zeit übrig haben, werden dringend um ihre Mithilfe gebeten.

In die Distrikts- und Bezirksführer!
Montag, den 22. März, Abends 8 Uhr: Abrechnung in den Distriktslokalen. Kontrollfakten und unverkauft Beitragsmarken sind mitzubringen. Die Protestbogen gegen die Tabaksteuer müssen sofort eingezogen werden.

Distrikt 7 (Nikolai-Vorstadt).
Montag, den 22. März: Abrechnung der Bezirksführer. Die Kontrollfakten und Mitgliedsbücher sind behufs Eintragung der Beiträge mitzubringen. Anzahlung einiger Volksmacht-Abonnenten. Jeder Bezirksführer muß erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand-Neumarkt).

Distrikte 2 und 3 (Sandan-Neukirch). Sonntag, den 21. März, Nachmittags 3 Uhr, gemeinschaftliche Zusammenkunft. 1. Vortrag des Genossen Schütz. 2. Die Volltage in Neukirch. 3. Vorschlag, betreffend die Zusammenlegung der Distrikte 2 und 3. Sand-Distrikt 2 (West-Neumarkt, Kofel und Wilsch).
Sonntag, den 21. März, Vormittags 10 Uhr: Halbtag bei Nikolai in Kofel. Wichtige Angelegenheiten. Jeder erwünscht.

Sand-Distrikt 3, Bezirk 1 (Neukirch). Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 3 (Schanz). Sonntag, den 21. März, Nachmittags 4 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer bei P. J. J. in Neukirch.
Neumarkt. Sonabend, den 20. März, Zusammenkunft im „Weißen Adler“. 1. Vortrag des Genossen D. Schütz-Breslau. 2. Angelegenheiten.

Deutscher Reichstag.

226. Sitzung. Mittwoch, den 17. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Einem.

Fortsetzung des Militäretats.

Abg. von Hagen (konf.): Ich möchte hervorheben, daß alles, was hier gesprochen wird, im Ausland aufmerksam verfolgt wird. (Beifall.) Deshalb bedauere ich, daß Herr Häusler gestern von unserer Armee gelaßt hat. Die Angriffe auf den Parademarsch sind ungerechtfertigt. Im Parademarsch liegt die Mühsal der Truppe dem Willen des Vorgesetzten geneigt macht. (Aha!) Der Luxus hat nicht nur in Kasinos, sondern auch in Privathäusern zugenommen. Nebenbei wird in den Kasinos viel weniger Alkohol getrunken als früher. Ich möchte fast sagen, leider. (Schallende Heiterkeit.) Herr Häusler sollte wissen, daß bei der Kavallerie nicht nur der Mann, sondern auch das Pferd ausgebildet werden muß. Ich will aber über die Länge der Dienstzeit heute nicht sprechen.

Der Militäretat ist um 20 Millionen Mark kleiner als im Vorjahr. Die Abstriche, welche die Kommission trotzdem gemacht hat, kann ich nicht immer billigen. Die gestrichenen 100.000 Mark vom Aggregiertenfonds beantragen wir, wieder heranzustellen. Auch die Militärkosten wollen wir nicht verkleinert haben. Es ist schön, wenn die Truppe die Dorfstraße entlang zieht und schöne Mühsal macht. (Große Heiterkeit bei den Sozial- und im Zentrum.) Bei Spichern wurden die Höhen mit Trommelschlag gefeiert. Der Wert der Mühsal ist, wenn auf die Schlacht am Abend der Chor anstimmt: Nun danket alle Gott. (Lärm im Zentrum.)

Der Kriegsminister bitte ich dringend um die Vermehrung der kleinen Garnisonen. (Beifall.) Der Bürgermeister von Genthin hat mir geschrieben, wenn er eine Garnison erhält, auch beste für sie zu sorgen. (Beifall.)

Verabschiedete Offiziere sollten besser als bisher vom Staate untergebracht werden. Als Turnlehrer bei der Alters- und Invalidenversicherung, Post- und Steuerämtern usw. Die jungen aktiven Offiziere — das möchte ich noch hervorheben — sollten nicht die jegliche Wunde der Bismarckzeit mitmachen und sollten nicht zwischen Nase und Mund anstatt des Schwundes des Mannes ein gewisses Erwas tragen, von dem man nicht weiß, ob es Bart oder ein Zigarettenstummel ist. (Schallende Heiterkeit.) Wir leben in einer ersten Zeit und müssen unter Heer schlafertig halten.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Vp.):

Der Vordrucker hat den Simplizitätsstypus des Offiziers vorzüglich gezeichnet. (Gr. Heiterk.) Hierin glaube ich einen veredelnden Einfluss des Bloßes von links nach rechts konstatieren zu dürfen. (Stimm. Heiterk.) Mit Recht hat Herr Häusler zur Sparsamkeit aufgerufen. Es ist aber nicht wahr, daß wir bei den Abstrichen das Zentrum im Stiche gelassen haben. (Widerk. b. d. Soz. a. im Zentr.) Die Abstriche sind übrigens so gering, daß sie die Nachträge des Kriegsministers nicht stören brauchen. (Heiterk. n. Zustimmung.) Die Grundlage unseres Militäretats will keine bürgerliche Partei antasten. Aber die leitenden Stellen sollten den Sparmaßnahmen des Volkes mehr entgegenkommen. Es gibt eine ganze Reihe billig repräsentativer Stellen.

Herrn Häusler stimmen wir in vielem zu. Aufschärfte verurteilen wir die konfessionelle und soziale Engbegierigkeit bei Auswahl der Offiziere. (Sehr wahr! links.) So etwas kann sich in ersten Reihen bitter rächen. (Lebh. Zustimmung links.) Auch wegen Verkürzung der Dienstzeit stimmen wir Herrn Häusler zu. Der Geist des Paradedrills, den Herr v. Liebert empfunden hat, schmeckt nicht nach Sedan, sondern nach Jena. (Stimm. Zustimmung links, Unruhe rechts.) Redner verbreitet sich über vorgekommene Militäremißhandlungen und fordert energisch endliches Aufhören dieses fürchterlichen Übels. (Lebh. Beifall links.)

Kriegsminister u. Einem

hält dem Vordrucker vor, daß er zwar an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt habe, seine Partei wolle unter allen Umständen für die Schlagfertigkeit der Armee eintreten, daß er aber manches gesagt habe, was sich mit der Kriegsbereitschaft nicht verträgt. (Zustimmung rechts. Widerspruch bei den Freis.) Der „Vordrucker“ hat nun heute schon geschrieben, ich habe an den geringen Ausführungen des Abg. Häusler mit einer gewissen Nonchalance vorbeigehen wollen. Nun aber sage wohl das Militärlabineett: Einem vor die Front! Das ist ein ungewöhnlicher Unfug. Ich bin ein vollständig selbständiger Mann.

Herrn Häusler erwidere ich, daß wir an der zweiwöchigen Dienstzeit festhalten, um dem Manne den Dienst zu bejubeln, daß er ihn gleichsam automatisch versteht. Daß die Aufgabe der Kavallerie, der Aufklärungsdienst, eine sehr wichtige ist, scheint ja Herr Häusler nicht zu wissen. Er meinte auch, die Armeeverwaltung interessiere sich nicht für die militärische Jugendzucht. Woher weiß er das? Wir interessieren uns dafür außerordentlich und ich hoffe, daß bald etwas in dieser Richtung zustande kommt. Wenn die Armee sich noch mehr vom Luxus fernhalten würde, würde auch ich mich freuen. Aber die Verallgemeinerungen des Abg. Häusler sind in dieser Richtung nicht zutreffend. Die Mehrzahl der Kasinos ist sehr einfach. (Sehr richtig! rechts.) Gefährliche sind überall üblich, aber gerade bei der Armee sind sie am einfachsten. Deshalb war es nicht schön von Herrn Häusler, zu sagen: Repräsentation ist nötig, um Karriere zu machen. Wäre das so, so wären wir allerdings sehr heruntergekommen. Herr Häusler hat ferner von Unterlagungen und falscher Verwendung von Kammergeldern gesprochen. Ich kenne solche Fälle nicht und glaube sie nicht. Herr Häusler hätte sagen sollen, wenn er solche beleidigenden Anklagen vordringt, da und da ist es gewesen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Zur Frage der Qualifikation: Diese werden ja nicht von einem einzelnen Vorgesetzten gemacht, sondern die Beurteilung geht von einer ganzen Reihe Vorgesetzter aus. Unter besonderen Umständen kann der Inhalt auch dem betreffenden Offizier mitgeteilt werden. Aber es ist undenkbar, daß allgemein die Qualifikationsberichte bekannt sein dürfen und im Offizierkorps davon gesprochen werden kann. Damit würde nur

Unruhe und Disziplinlosigkeit im Offizierkorps

hervorgerufen werden. (Lebh. Zustimmung rechts.) Die Folge öffentlicher Qualifikationsberichte wäre es, daß daneben noch andere bestehen würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Oberst würde gefragt werden: Sie haben den Offizier ja sehr schön qualifiziert, aber wie ist er denn eigentlich? (Hört, hört, und Hört, hört!) Das jetzige System ist das beste, es besteht darin, daß wohlwollende Männer ihre ehrliche Meinung über Kameraden abgeben. Dieses ist der Stein der Weisen, den wir seit 100 Jahren in Preußen gefunden haben. (Unruhe links.)

Was die Bevorzugung des Adels anbelangt,

so ist anzugeben, daß gewisse Garnisonen und Regimenter besponnen haben, nur adelige Aspiranten anzunehmen. (Hört, hört! links.) Ich bin damit in keiner Weise einverstanden, hier muß Abhilfe geschaffen werden. (Wahr! links.) Gewiß, die Geschichte der preussischen Armee ist auch die Geschichte des preussischen Adels. (Aufe b. d. Soz.: Jena!) Aber der Adel selbst will nicht, daß das bürgerliche Element zurückgedrängt wird. Widerspruch bei den Sozialen, Anruf des Abg. von Bismarck: Sehr wahr! Beim Advancement wird der Adel jedenfalls nicht bevorzugt. Lachen bei den Sozialen.

Nun zum Militärlabineett: Die Trennung des Militärlabineetts vom Kriegsministerium ist nur zu begrüßen. Von Militär des

Kabinetts kann keine Rede sein. Kriegsministerium und Generalstab sind durchaus in der Lage, die Auswahl der Offiziere zu bestimmen, und sorgfältiger als das Militärlabineett könnte auch das Kriegsministerium ehrenrührige Angelegenheiten nicht verfehlen. Differenzen können allerdings vorkommen, aber zu meiner Zeit sind erhebliche Differenzen nicht vorgekommen. — Unser Heer ist gesund und die beste Bürgschaft des Friedens. (Lebh. Beifall rechts und bei den Sozialen.)

Abg. Stücken (Soz.):

Die Denkschrift über die Dienstzeit der Kavallerie ist so ausgefallen, wie wir es erwarteten. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß die zweiwöchige Dienstzeit nicht möglich ist. Wir bestreiten, die zweiwöchige Dienstzeit soll die Kompensation für die nächste Militärlage abgeben. (Zust. b. d. Soz.) Von dem großen Interesse der Heeresverwaltung an der körperlichen Ausbildung der Jugend weiß ich ja allerdings nichts. Ich weiß nur, daß der Arbeiter nicht vereinigen jede mögliche Schwierigkeit bereitet wird, und daß sogar ein Fußballklub vom Tempelhofer Feld verjagt wurde, weil unter seinen Mitgliedern Sozialdemokraten waren. (Hört, hört! bei den Sozialen.) Daß der Kriegsminister den großen Luxus der Offiziersfamilien bestreitet, wundere ich. Es liegen Publikationen früherer Offiziere vor, die diesen Luxus bestätigen. (Zust. b. d. Soz.)

Es kann nicht bezweifelt werden, daß durch die geheimen Qualifikationsberichte, die der Kriegsminister hier verteidigt hat, Schikane und Willkür gefördert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialen.) Der Kriegsminister hat freilich ein nettes Geständnis gemacht, er sagte, neben öffentlichen Werten würden schließlich doch geheim gehalten werden. Das läßt ja auf Spitzeln hinaus. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Daß der Adel beim Advancement nicht bevorzugt würde, ist entschieden nicht richtig. Merkwürdig ist, was aus dem Handbuch hervorgeht: der Adel verschwindet um 10 mehr aus dem Offizierkorps, je näher die Regimenter an der Grenze und in den kleinen Garnisonen liegen. Tatsache ist, daß bei den Regimentsregimenten in Berlin sehr viele Adelige sind, bei den technischen Truppen aber sehr wenige.

Da müssen die Offiziere allerdings viele Kenntnisse haben

und fleißig arbeiten. Das mag den Gewohnheiten des Adels nicht passen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn der Kriegsminister nun heute auf den Adel ein Loblied gesungen hat, der alles dem Vaterland geworfen habe, so müssen wir wieder fragen: Hat denn der Adel allein die Schlachten geschlagen, hat er die Soldaten nicht dazu gebraucht? Hat nicht auch das Völkergemisch sein Blut gegeben? (Lebh. Zustimmung links.)

Wenn der Kriegsminister sagt, das Militärlabineett sei so außerordentlich beschaffen, so behaupten Kenner der Verhältnisse, daß das Militärlabineett eine Art militärischer Nebenregierung habe und daß der Kriegsminister in die Personalverhältnisse gar nicht eingegriffen hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wesentlich dem Militärlabineett verdanken wir das Aufschwimmen des Pensionisten. Die Offiziere, die nach jedem Manöver auf Befehl von oben vögeln erlassen, haben immer noch eine so frohnde Gesundheit, wie man sie nur einem arbeitenden Proletariat wünschen könnte, der zur Pension eben dieser Herren beiträgt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ein Arbeiter kann sich nicht pensionieren lassen, weil ein junger Arbeiter Werkmeister wird und ein Privatbeamter auch nicht, weil etwa sein Kollege Vorgesetzter geworden ist. (Zust. b. d. Soz.) Das Militärlabineett entbehrt auch der gesetzlichen Grundlage.

Die gestrige Rede des früheren Generals war uns sehr interessant. Wir unterschreiben alles, was er über den Drill gesagt hat. Die Kenntnis des Militarismus kann man ihm nicht bestreiten.

Wenn einmal die Kommission Abstriche vornimmt, so befeht sie natürlich das Kommando wieder auf Antrag der Rechten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Kommission haben uns alle Parteien bis auf das Zentrum im Stich gelassen. Und selbst wenn etwas getrichen wird, so gibt es eben nachher Stotsüberschreitungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für uns handelt es sich nicht um einzelne Positionen. Wir lehnen als Gegner des Militarismus den ganzen Etat ab. Den Militarismus lehnen wir ab, weil er für unsere Nation verhängnisvoll ist. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Unsere Auffassung hat eine bedeutende Bestätigung gefunden durch den vom Kaiser den Generalen verliehenen Artikel des Grafen Schlieffen. Hoffentlich hat das Kriegsministerium diesen Artikel gelesen. Er gibt unserer Auffassung recht, daß der Krieg von 1870 die Ursache eines lateinischen Kriegszustandes geworden ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber vielleicht ist dieser Artikel im Kriegsministerium von einem Geheimrat zum anderen geschoben worden, wie das ja anderswo einmal vorgekommen ist. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.)

Ein kommandierender General soll damals geäußert haben, auf die Armee könne sich der Kaiser unter allen Umständen verlassen. (Hört, hört! bei den Sozialen.) Das ist doch nichts anderes als eine Anspielung auf die Vorgänge vom vorigen Oktober, eine Provokation der großen Mehrheit des Volkes. (Sehr wahr! und lebhaftes Zustimmung bei den Sozialen.) Von bürgerlicher Seite verlangt man eine Einschränkung der Ehrenrechte, wir verlangen die völlige Abschaffung dieser modernen Fremdwörter. Ich erinnere nur an den Zusammenstoß des Leutnants v. Bismarck mit einem Zivilisten in der Straßensbahn, ferner an den tragisch verlaufenen Fall des Bürgermeisters Dittler, der einen Referentoffizier wegen ungebührlichen Benehmens vom Rathaus weg und die Forderung, die erholte, verständigerweise ablehnte. Er wurde aus dem Referentoffiziersstand ausgenommen und durch Zurücksetzung in den Tod getrieben. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Der Demagoge des Bürgermeisters trägt heute noch den angeblich vornehmsten Rock. (Sehr gut! und Hört, hört! bei den Sozialen.) Ein dramatisches Militärisches Urteil hat es auch in der letzten Zeit nicht gefehlt. Es ist notwendig, die allgemeine Bestimmung zu beseitigen, daß Referentoffiziere während des ganzen Tages einer

Kontrollversammlung unter dem Militärgericht

stehen. Als ich zur Kontrollversammlung beordert wurde, zog ich bei allen Anlässen vorher Erkundigungen ein, ob ich nach Schluß der Kontrollversammlung meinem Beruf als Redakteur obliegen dürfe. Schließlich wurde mir die salomonische Entscheidung erteilt, ich könne an jenem Tage schreiben, was ich wolle, aber was ich geschrieben, unter Hebe der Militärgerichtsbarkeit. (Schallende Heiterkeit.)

Vorgelesen demutet man Soldaten zu Dingen, die nichts mit der militärischen Ausbildung zu tun haben, um Wege durch die Wälder zu bauen, als ob es keine Waldarbeiter gäbe, als Treiber, wie es jenseit beim Starzarder Infanterieregiment Nr. 70 der Fall war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die Offiziere scheinen viel überflüssige Zeit zu haben, sind doch jüngst

zwei als Vortänzer

verwendet worden. (Schallende Heiterkeit.) Daß es ein moralischer Anblick ist, wenn Soldaten mit Generalstab bewaffnet auf dem Markt für Offiziersfamilien Einkäufe besorgen, wird man auch nicht behaupten können. (Sehr wahr! b. d. Soz. n. Heiterkeit.) Ich komme jetzt zu dem wichtigsten Kapitel der

Soldatenumhandlungen.

(Aha! und unartikuliertem Laute rechts.) Wir müssen unsere guten Glauben an die energische Bekämpfung der Soldatenumhandlung durch die höheren Kommandostellen bedeutend einschränken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Gegensatz zu den dramatischen Akteuren gegen die Untergebenen werden die Soldaten sich in der sehr mild beurteilt. Weil ein Soldat in der Kantine zu viel getrunken und den Unteroffizier mit dem Scheitel geworfen hat, wird er an

2 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt. In Magdeburg erhält ein Soldat 3 Jahre Gefängnis, weil er einen Unteroffizier auf der Straße geschossen hat. In Koblenz aber hat ein Unteroffizier die Leute monatlang an der Wange, 200 mal hintereinander aufsprüngen und vor dem abgehenden Dien den Scheitel zu strecken, bis sie aufammenbrachen. Gegen diesen Soldatenstand wurden nur 6 Monate Gefängnis beantragt und gar nur 3 Monate Gefängnis ausgesprochen. Er bleibt Vorgesetzter und kann die Schinderei später bei einem anderen Truppenteil fortsetzen. Mit den Soldatenumhandlungen wird es erst anders werden, wenn jeder Vorgesetzte, der sich an einem Unteroffizier vergreift, als ehrlos behandelt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Armee soll auch den inneren Feind bekämpfen, das sind wir. (Heiterkeit.) Was für ein Widerspruch, daß Völl, daß die Kosten für den Militarismus trägt, als inneren Feind zu bezeichnen! (Unruhe rechts.) Sozialdemokraten passen dem Kriegsminister in der Linie nicht und werden nicht befördert. Der sozialdemokratische Soldat erreicht also nicht die erste Stufe zum Feldmarschall, er wird nicht befördert. (Heiterkeit b. d. Soz.) Aber darum wächst unsere Zahl sozialdemokratischer Soldaten doch von Jahr zu Jahr mit dem Wachstum der Industrie.

Was wir zur Aufklärung der Jugend tun können, werden wir ebenfalls tun. Vereinen Sie doch einfach alle Sozialdemokraten vom Dienst. Sie sollten aber dann stimmen, wie viel Sozialdemokraten mit einem Male da wären. Die „besten Kreise“ würden dann wohl sozialdemokratisch sein wollen. (Große Heiterk. bei den Sozialen.) Wir treiben keine Agitation in der Kaserne. Wir lagern den jungen Leuten: Seid vorsichtig! Wir wissen ja, daß sie in der Regimentsklasse mit einem roten Kreuz befohrt werden. (Heiterkeit.) Mehrere meiner Freunde haben von dieser Dekoration wenigstens den Vorteil gehabt, daß sie vor allem nicht geprügelt wurden. Was hat sie außerordentlich vorsichtig behandelt. (Heiterk.) Aber wenn wir auch die Kasernemaatregeln verwerfen, so können Sie uns doch nicht daran hindern, daß wir die jungen Leute zu Sozialdemokraten machen, bevor sie Soldaten werden. Nachdem sie die Behandlung in der Kaserne kennen gelernt haben, werden sie dann sicher nie und nimmer nationalliberal. (Heiterkeit bei den Sozialen.) Durch die Vorträge, die jetzt in den Kasernen gegen die Sozialdemokratie gehalten werden, wird unsere Sache nur gefördert. Die Unwissenden werden auf die Sozialdemokratie aufmerksam gemacht.

Daß wir den Etat ablehnen, sollten Sie uns nicht vorwerfen.

Sollen wir etwa die Plünder bewilligen,

mit denen auf uns geschossen werden soll? Was muß das Ausland denken, wenn fortwährend von dem inneren Feind gesprochen wird, welcher doch das eigene Volk ist? Es muß ja glauben, Deutschland stünde am Rande der Anarchie und sei seiner schwierigen Situation mehr gewachsen. (Sehr wahr! bei den Sozialen.)

Der Militarismus betreibt den Boykott gegen Gastwirte und Barbiers, wenn sie Sozialdemokraten sind, oder auf Wunsch ihrer Kundenschaft sozialdemokratische Leitungen auslegen. Er kehrt die Arbeitervereine, also politische Organisationen, die reaktionäre Wahlgruppen darstellen.

Vorhin ist erst wieder erklärt worden, man wolle nur den Frieden. Die Arbeiter irgend eines Kulturstaates sind nicht daran interessiert, über ein anderes Volk herzufallen.

Niemals haben die Völker Krieg geführt.

Immer gaben die Interessen der Dynastien oder der besitzenden Klassen den Anlaß. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Unterlegt nicht der französische Arbeiter der gleichen Ausbeutung wie der deutsche? (Wahr! bei den Sozialen.) Das arbeitende Volk hat nur einen Feind, das internationale Ausbeutertum, dessen oberste Stütze der Militarismus ist. Die Bevölkerung ganz Europas senkt unter den Lasten des Militarismus. Unter diesem Druck können auch wir nicht aus unserer Finanznot herauskommen. Wir müssen ein wirtschaftliches Volk sein. (Widerstand des Abgeordneten Grafen Oriola.) Wenn der Kriegsminister einmal diese Ansicht äußern würde, so würden Sie, Herr Graf Oriola, sofort davon abzurück sein. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen natürlich kein Völkerverein in Zylinder der Hölle. (Gr. Heiterkeit.) Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß der gemeine Mann in einem Jahre ausgebildet werden kann. Die Schöne der Besitzenden werden ja sogar nach einem Jahre als Vorgesetzte entlassen. (Sehr gut! bei den Sozialen.) In einem Lande mit geordneten Zuständen wird das Volk immer mit größter Begeisterung sein Vaterland verteidigen. Allein ein Volksherr bietet die Möglichkeit einen Anzugskrieg unmöglich zu machen, und aus der Finanznot herauszukommen. Für das stehende Heer aber, das zur Knebelung des Volkes dienen soll, geben wir keinen Pfennig. (Stimm. Beifall bei den Sozialen.)

Nächst: Sitzung Donnerstag 2 Uhr; Fortsetzung. Schluß 7 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhans.

55. Sitzung. Mittwoch, den 17. März, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die zweite Beratung des

Bau-Etat

wird fortgesetzt beim Titel Gehalt des Ministers. Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Warkewitz (konf.) verlangt eine Entschädigung der Fischer, die durch den Großschiffbauanstalt Berlin-Stettin und durch die Regulierung der Oder geschädigt sind.

Unterstaatssekretär Goelo von der Brüggden: Es ist sehr schwer festzustellen, welcher Schaden durch die Reparaturarbeiten am Kanal entstanden ist und welcher durch andere Ursachen entstanden ist. Trotzdem hat die Regierung wiederholt schon Schadenersatz geleistet. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt worden sind, so liegt das nicht an der Regierung, sondern teilweise auch an den hohen Forderungen.

Auf eine Anfrage des

Abg. Dr. Fackender (St.) erwidert

Minister v. Breitenbach: Es ist richtig, daß die staatlichen Bauarbeiten, die als Schiedsrichter tätig sind, nur Reisefloßen und Tauegelber bekommen. Es stehen jedoch Verhandlungen, daß ihnen außerdem noch für ihre schiedsgerichtliche Tätigkeit eine Entschädigung gewährt wird.

Abg. Hausmann (nass.) wünscht die Errichtung von Laubstrecken an der Oder und der Diemel und eine Beschleunigung des Baues des Schußhafens in Jemeln.

Minister v. Breitenbach erwidert, daß die Arbeiten schon im besten Gange seien und nach Möglichkeit beschleunigt würden.

Abg. Kändler (freis. Vp.): Meine politischen Freunde sind immer dafür eingetreten, wenn Mittel erfordert werden, um die Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten zu verbessern. Jedoch meine ich, daß in jedem Falle die Bedürfnisfrage geprüft werden mußte.

Abg. Graf Spee (Zentrum) verlangt eine Entschädigung für die Landbesitzer, die durch die Regulierung des Rheins geschädigt wurden.

Abg. Diemitz (Zentrum) tritt für eine größere Verwendung des Bau-Etat bei öffentlichen Bauten ein, hierdurch würden auch ganz bedeutende Erparnisse erzielt.

Ein Regierungskommissar: Die Staatsbauverwaltung bevorzugt stets das einheimische Material bei allen öffentlichen Bauten. Ich verweise Sie nur auf die letzten öffentlichen Bauten in Berlin und Charlottenburg, die technische Soldaten usw.

